



Breslau, Dienstag, 27. Juni 1922

Wagengeld in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten (frei ins Haus) vierteljährlich 150 M., monatlich 50 M., wöchentlich 12 M., bei Abholung v. d. Kasse u. Agenturen vierteljährlich 141 M., monatlich 47 M., wöchentlich 11 M.; bei Abholung v. d. Geschäftsstellen in Breslau vierteljährlich 135 M., monatlich 45 M., wöchentlich 10,50 M.; bei der Post vierteljährlich 150 M., monatlich 50 M.

Hauptredaktion: Dr. Richard Schacht, Bernsprecher der Redaktion Ring Nr. 281, 6728 und 640 (letzte nur für den Stabverleiher), der Handelsredaktion Ring Nr. 441. **Sprechstunden der Redaktion** 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. **Redaktionsbedienstete und Angelenenannahme** (Schluß 5 Uhr, ohne Gebühr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle, Schmelzburger Straße 47/48 (Hauptredaktion Ring Nr. 1944 und 4418 und in der Prinzipalredaktion Antikstraße 17, Bernsprecher Ring Nr. 4764. **Telegraphen-Adresse:** Schlesische. **Postfach:** Breslau 38. **W. G. Korn.** — **Geschäftsstelle für Druckarbeiten:** Beuthen O.S. Solgerstraße 3. **Bernsprecher Beuthen O.S.** 1925.

Einrückungsgebühr für den 1. Platz Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile ist 24 mm hoch), 50 M. (Abendblatt 7,00 M.), bei Anzeigen aus Schäften und Bösen 5,00 und 6,00 M. In der Morgenausgabe 5. Anzeigen 2,50 M., Familienanzeigen (nur groß- und mehrspaltig), die zweispaltige Millimeterhöhe 2,00 M., Nachrufe 5,00 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (3. Platz) 30,00 M., Schäften und Bösen 25,00 M.

Rathenaus Ermordung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zum Schutze der Republik ist nunmehr in Kraft getreten. Ihr Wortlaut ist weiter unten abgedruckt. Wie aus den Parlamentsberichten bereits bekannt, ist sie ausdrücklich und bewußt als eine Ausnahmeverordnung gegen Rechts beabsichtigt. Gegen diese einseitige Tendenz muß scharfer Einspruch erhoben werden, wenn auch der Erlaß von Sonderbestimmungen an sich unter den vorliegenden Umständen für eine vorübergehende Zeitspanne als gerechtfertigt angesehen werden mag. Vorläufig liegt noch nichts Positives über die Täter vor, und es ist ganz verfehlt und lediglich ein Beweis parteipolitischer Verblendung und Interessenwirtschaft, den Mord den Deutschnationalen zuschieben zu wollen. Besonders einige Punkte der Verordnung scheinen viel zu weit zu gehen, aber es kommt natürlich vor allem auf die Ausführungsbestimmungen an und auf den Geist, in dem diese abgehandelt werden. Wir möchten annehmen, daß sich sehr bald die Grundlosigkeit der jetzt in Form unglaublicher Anarisse geleiteten Vorwürfe gegen die Rechte herausstellen wird, und hoffen nur, daß bis dahin nicht zu viel Unheil anrichtet wird. In manchen demokratischen Organen haben jedenfalls diese Anarisse zu direkt irrsinnigen Ausdrücken geführt. Bereits jetzt werden von verschiedenen Orten Zusammenstöße gemeldet. Auch die Zahl der Verhaftungen ist bereits groß. Die meisten haben allerdings wieder aufgehoben werden müssen.

Die für den morgigen Tag gebannten Kundgebungen werden weit über den Umfang der demokratischen Schichten hinausgehen, und in der Tat haben die allerweitesten Kreise des Volkes Anlaß, die Tat nicht nur vom moralischen, sondern auch vom politischen Standpunkte aus zu verurteilen und zu bedauern. Die Parteigenossen der Regierung täten auf daran, die Überspannung der Leidenschaften zu mäßigen, denn aus der Verschärfung der Lage kann nur Unheil erwachsen. Aber es wird wohl vergeblich sein, der erreichten Stimmung und den Wortführern dieser Stimmung eine Mahnung zur Besonnenheit zuzurufen.

Im Ausland hat man, soweit Briefstimmen vorliegen, mit Bedauern von der Ermordung Rathenaus, der allgemein als ein besonders fähiger Vertreter der deutschen Demokratie angesehen wird, Kenntnis genommen, und es ist bemerkenswert, daß, wenn auch vielfach nach dem Muster unserer Linkspresse, die „Reaktion“ mit Vorwürfen bedacht wird, doch auch die Einsicht nicht fehlt, daß der Geist von Versailles Zustände bei uns geschaffen hat und künstlich aufrecht erhält, die dem Boden für katastrophale Ereignisse vorbereitet haben. Vielleicht hilft diese Erkenntnis mit dazu, das Verhältnis der Entente zu uns etwas gesunder und gerechter zu gestalten.

Über das Ergebnis der bisherigen Nachforschungen ist außerordentlich begreiflicherweise noch nicht bekannt. Doch sollen bestimmte Anhaltspunkte gewonnen sein, die auf die Spur der Täter hinweisen.

Verhaftungen und Enthaltungen.

SS Berlin 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Meldung einer Berliner Zeitung hat die Kriminalpolizei in der Nacht zu Montag außerhalb Berlins eine Verhaftung vorgenommen, der größere Bedeutung beigelegt wird. Der „Lokal-anzeiger“ wiederum meldet durch die Aussage zweier einwanderter Zeugen sei der Verdacht auf zwei bestimmte Personen gelenkt worden. Die Beschreibung des einen Täters, dessen mährisches Aussehen hervorgehoben wird, passe auf einen früheren auswärts wohnenden Offizier. Seine Verhaftung sei telegraphisch verfügt worden, ebenso die Verhaftung eines auswärts wohnenden Offiziers, der in dem dringenden Verdacht stehe, mittel- oder unmittelbar mit dem Mord in Verbindung zu stehen. Endlich sind mehrere Personen, meistens ehemalige Offiziere und Studenten, sowohl in Berlin als auch außerhalb verhaftet worden, die Geheimorganisationen angehören. Die außerhalb Verhafteten werden zurzeit nach Berlin übergeführt.

Aus München wird gemeldet, daß von der Staatsanwaltschaft Berlin und der Staatsanwaltschaft Rastatt gestern Telegramme in München eingetroffen seien, in denen Kapitänleutnant Hoffmann als verdächtig des Attentats auf Scheidemann und der Beteiligung an der Ermordung Rathenaus bezeichnet wird. Hoffmann sei daraufhin Montag vormittag festgenommen worden. Er bestreite, mit beiden Taten das Geringste zu tun zu haben. Er berufe sich insbesondere darauf, daß er am Tage des Attentats auf Scheidemann bei seinen Eltern zur Teilnahme an der Hochzeit seiner Schwester gewesen sei.

Zu den Verhafteten gehörte auch der bekannte General Mäcker, der früher Kommandeur der vierten Reichswehrdivision, der zurzeit in Dresden wohnt. Er wurde am Sonntag vormittag auf Veranlassung der sächsischen Regierung wegen angeblichen Verstoßes der Begünstigung monarchistischer Umtriebe verhaftet, nach mehrwöchiger Untersuchungshaft und einer längeren Vernehmung durch Staatsanwalt Dr. Günther im Dresdener Polizeipräsidium jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Verhaftet wurde schließlich, wie unter den „Lezten Nachrichten“ des Abendblattes bereits mitgeteilt, in Flensburg der Kapitänleutnant Karl Tilleßen, der ältere Bruder des des Mordes an Erzberger verdächtigten Oberleutnants zur See a. D. Heinrich Tilleßen. Von den verhafteten Berliner Mitgliedern der Organisation Consul sind neun wieder freigelassen worden, während einer in Haft behalten wird.

Betriebsstilllegung als Trauerkundgebung.

Berlin, 26. Juni. Als Trauerkundgebung für Rathenau hat, wie im Reichsrat mitgeteilt wurde, das Reichskabinett die Anordnung getroffen, daß Dienstag nachmittag von 2 Uhr ab der Bureauverkehr und der Verkehr in den öffentlichen Verkehrsmitteln, der Eisenbahnverkehr und Fernsprecherverkehr und der Eisenbahnverkehr sollen ausgesetzt werden, aber, soweit der Dienst es erlaubt, sollen die Beamten beurlaubt werden. Im übrigen soll von 2 Uhr bis 2.10 Uhr der gesamte Post-, Telegraphen- und Fernsprecherverkehr ruhen.

Aber die Stilllegung im Eisenbahnverkehr wird amtlich mitgeteilt: Wegen der am 27. Juni 12 Uhr mittag stattfindenden Trauerfeier für den ermordeten Reichsminister Dr. Rathenau wird zur ausdrücklichen Befundung der Auslieferung der Reichsbahn punkt 12 Uhr mittags auf fünf Minuten der gesamte Zugverkehr auf Stationen und Strecken stillgelegt.

Aber die für Dienstag vorgesehene allgemeine Arbeitsruhe wird aus Berlin gemeldet: Dienstag mittag 12 Uhr beginnt die Arbeitsruhe. Sie dauert einen halben Tag. Mittwoch früh wird über die Arbeit wieder aufgetreten. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Berlin, 26. Juni. Amtlich. Die preussische Staatsregierung hat sich für ihre sämtlichen Behörden bei der Reichsregierung gebührenden Anordnungen betreffend die Teilnahme am Proteststreik am Tage der Beerdigung des Ministers Dr. Rathenau angeschlossen.

Kabinettsitzung.

SS Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichspräsident ist aus Potsdam Montag morgen wieder eingetroffen. Er hat sofort Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Innern und dem Justizminister über die Ausnahmeverordnung und über ihre Ausführung gehabt. Die Verordnung ist am Montag verkündet worden und tritt damit mit diesem Tage in Kraft. Für Montag nachmittag um 5 Uhr war eine Kabinettsitzung angesetzt, in der die Arrangements für die Trauerfeier für Minister Rathenau besprochen werden sollen. Auch das Gesetz zum Schutze der Republik, das bald erlassen werden wird, sollte Gegenstand der Beratung sein.

Ausbreitungen.

Nach einer Meldung aus Dresden wurde ein Trupp Deutschnationaler, der am gestrigen Abend in Loschwitz, dem Vorort Dresdens, eine Kundgebung veranstaltet hatte, von Arbeitern auseinandergejagt. Hauptmann Wendt, der eine Rede gehalten hatte, wurde auf dem Heimwege verhaftet.

In Nürnberg kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen. In ein Lokal, in dem „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde, drangen Arbeiter ein und vertrieben die Musik am Weiterspielen.

Rathenaus Nachfolger.

SS Die Führung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes hat der Staatssekretär von Ganiel übernommen. Über die Nachfolger der Minister Rathenau werden allerlei Vermutungen laut, die jedoch, wie die Dinge liegen, vorläufig noch völlig in der Luft schweben. Es sei deshalb mit allem Vorbehalt erwähnt, daß als mutmaßlicher Nachfolger u. a. Staatssekretär Dr. Simson, sowie auch der Botschafter in Rom Freiherr von Neurath genannt werden.

Beileidkundgebungen.

Berlin, 26. Juni. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat heute mittag der Berliner Sowjetvertreter Kreinast in dem Auswärtigen Amt vorgesprochen, um namens der Sowjetregierung das Beileid anlässlich der Ermordung Rathenaus auszusprechen.

Gerhart Hauptmann hat der „Vossischen Zeitung“ folgende Worte beigesteuert: Walter Rathenau war ein deutscher Patriot bis in jede Faser seines Lebens. Er liebte unser Land wie wenige und hielt sich nach Maßgabe seiner Überzeugung mit der ganzen genialen Kraft ihm jederzeit zur Verfügung. Im Dienste des geliebten Vaterlandes starb er den Heldentod. Was sollen wir weiter sagen, als: Seltsam und Gott aus den Abgründen allerhöchster Verfluchung.

Die Verordnung zum Schutze der Republik.

* Die vom Reichspräsidenten am 24. Juni erlassene, am Montag amtlich verkündete Verordnung zum Schutze der Republik hat folgenden Wortlaut:

1. Verbotene Vereinigungen.

Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die zur geschwindigen Beseitigung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes aufzureizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die republikanischen Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

Vereine und Vereinigungen, die Bestrebungen dieser Art verfolgen, können verboten und aufgelöst werden.

§ 2.

Zuständig für Maßnahmen nach § 1 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen.

Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um die Anordnung einer solchen Maßnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des im Abschnitt 3 vorgesehenen Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik an. Entschließt dieser für die Anordnung, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.

§ 3.

Gegen eine Anordnung nach § 1 ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig; sie hat eine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr, außer im Falle des § 2 Abs. 2, abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Entscheidung vorzulegen.

§ 4.

Wer nach § 1 verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen veranstaltet oder in solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 M. erkannt werden kann.

2. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik.

§ 5.

Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 M. erkannt werden kann, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft:

1. wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes verherrlicht oder billigt, oder wer solche Gewalttaten belohnt oder begünstigt;

2. wer zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes auffodert, aufwiegelt oder solche Gewalttaten mit einem andern verabredet;

3. wer die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes verleumdet oder öffentlich beschimpft;

4. wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft;

5. wer an einer Verbindung der im § 128 und im § 129 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art teilnimmt, wenn die Verbindung den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben.

3. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

§ 6.

Bei dem Reichsgericht wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet.

Der Gerichtshof entscheidet in einer Besetzung von sieben Mitgliedern. Drei Mitglieder ernannt das Präsidium des Reichsgerichts aus den Mitgliedern des Reichsgerichts; vier Mitglieder ernannt der Reichspräsident. Die vom Reichspräsidenten ernannten Mitglieder brauchen nicht die Fähigkeit zum Richteramt zu haben. Für die ordentlichen Mitglieder sind Stellvertreter zu ernennen. Die notwendigen ergänzenden Anordnungen trifft der Reichsminister der Justiz.

Anlagebehörde ist die Reichsanwaltschaft. Der § 147 Abs. 2 und § 153 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten entsprechend.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Strafkammern entsprechende Anwendung. Der Reichsminister der Justiz kann besondere Vorschriften erlassen.

§ 7.

Der Staatsgerichtshof ist zuständig:

1. für Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reichs oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes;

2. für die nach § 5 dieser Verordnung strafbaren Vergehen.

Die Anlagebehörde kann eine Untersuchung an die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft abgeben; der Staatsgerichtshof kann eine bei ihm anhängig gewordene Untersuchung auf Antrag der Anlagebehörde zum ordentlichen Verfahren verweisen.

Diese Vorschriften sind auch anzuwenden auf die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begangenen strafbaren Handlungen. Ist in der Sache bereits ein Urteil ergangen, gegen das die Revision zulässig ist, so entscheiden über die Revision die ordentlichen Gerichte.

4. Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften.

§ 8.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 finden auch auf die in § 5 dieser Verordnung bezeichneten Vergehen mit der Maßgabe Anwendung, daß gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde stattfindet, und die Beschwerde aufschiebende Wirkung hat.

§ 9.

Wird eine Beschlagnahme einer periodischen Druckschrift durch das zuständige Gericht angeordnet oder bestätigt, so kann die Druckschrift bis auf die Dauer von vier Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 Anwendung.

§ 10.

Wer eine nach § 9 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 M. erkannt werden kann.

5. Schlußbestimmungen.

§ 11.

Mitglieder der Regierung des Reichs im Sinne dieser Verordnung sind der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Reichsminister.

§ 12.

Die Artikel 118, 123, 124 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, vorübergehend außer Kraft gesetzt.

§ 13.

Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

*

Weiterhin hat der Reichspräsident folgende „Verordnung über das Verbot bestimmter Versammlungen“ vom 24. Juni 1922 erlassen:

Mit Rücksicht darauf, daß bei der allgemeinen, tiefen Bewegung der Bevölkerung die nachfolgenden genannten Versammlungen zu schweren Zwischenfällen führen können, verordne ich auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet was folgt:

Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, die für den 28. Juni 1922 geplanten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrages oder damit zusammenhängender Fragen auch außer den Fällen des Artikels 128 der Reichsverfassung zu verbieten.

Das Gleiche gilt bis auf weiteres für Regimentsfeiern und andere Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile. Wer eine hiernach verbotene Versammlung veranstaltet oder in einer solchen als Teilnehmer auftritt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

Die Artikel 118 und 128 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die preussischen Ausführungsbestimmungen zur Ausnahmeverordnung.

Die preussischen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über den Schutz der Republik sind heute vom Minister des Innern, Severina, bekanntgegeben worden. Sie haben folgenden Wortlaut:

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist im Sinne der in der Verhandlung des Reichstages vom 25. Juni vom Reichspräsidenten namens der Reichsregierung abgegebenen Erklärung zu handhaben. Im einzelnen wird folgendes bestimmt:

1. Außer der Landeszentralbehörde sind zu Maßnahmen nach §§ 1 und 9 die Oberpräsidenten, für den Bezirk der Stadtgemeinde Großberlin der Polizeipräsident zuständig.

2. Die Oberpräsidenten bzw. der Polizeipräsident von Berlin haben alle Vorkehrungen zu treffen, die zu ihrer rechtzeitigen Unterrichtung über Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen von Vereinen und Vereinigungen der in § 1 der Verordnung bezeichneten Art sowie über gemäß § 9 der Verordnung ergehende Verfügungsbeschlüsse erforderlich sind.

3. Von jedem Verbot auf Grund des § 9 ist mit Anzeige zu machen. Soll von einem Verbot abgesehen werden, so bedarf es meiner Einwilligung.

4. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Beschwerde nach den §§ 3 und 9 gleichzeitig in einem amtlichen Stück dem Oberpräsidenten bzw. dem Berliner Polizeipräsidenten, gegen dessen Verbot sich die Beschwerde richtet, eingereicht wird. Der Oberpräsident bzw. der Berliner Polizeipräsident hat die Beschwerde mit seiner Stellungnahme beschleunigt an mich weiterzuleiten.

Die Bekanntmachung Severinas bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot bestimmter Versammlungen lautet:

Alle Regimentsfeiern und andere Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile, ebenso die für den 28. Juni angeordneten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrages und damit zusammenhängender Fragen sind verboten.

Das bayerische Zentrum gegen die Ausnahmeverordnung.

München, 26. Juni. Die Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei hat im Landtage eine Interpellation eingebracht, in der sie der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Schutz der Republik vom 24. Juni 1922 Stellung genommen wird, und in der die stärksten Bedenken gegen diese tief in die Freiheitsrechte der einzelnen Länder eingreifenden Bestimmungen geltend gemacht werden.

Klagen und die Ausnahmeverordnung.

88 Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Ministerrat trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der Ministerpräsident Graf Seckendorff den Bericht über die Sitzung des Reichspräsidenten, in der die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, in der bayerischen amtlichen Kreisen weißt man darauf hin, daß die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der vorläufigen Verordnung aus Anlaß des Erbregemordes infolge darstellt, als in durchaus lokaler Weise die Durchführung dieser Verordnung den Landeszentralbehörden übertragen wird. Angesichts der ruhigen Lage in München erblickt die bayerische Regierung bisher keinen Anlaß, irgendwelche Ausnahmemaßnahmen von sich aus zu verhängen. Die württembergische Regierung nimmt, wie aus Stuttgart berichtet wird, den gleichen Standpunkt ein. Die sozialistischen Kundgebungen sind für heute abend von der Münchener Polizei gestillt worden.

Die internationale Ausstellung in Riga 1922.

Riga, 18. Juni 1922. Ausstellungen und ihre Gültigkeit sind in der Regel ein recht praktischer Grundriss wirtschaftlicher Wechselbeziehungen. Das jeweilige finanzielle Ergebnis ist der übliche Regulator gegen ein Übermaß in dieser oder jener Richtung. Der finanzielle Erfolg der vorjährigen Ausstellung in Riga war ein glänzender für die unternehmende Rigaer Ausstellungs-Aktiengesellschaft gewesen, zu welcher nicht zum wenigsten die recht hohen Wagnisse für die Aussteller beigetragen haben. In anerkannter Weise ist das gute finanzielle Ergebnis des Vorjahres seitens der Ausstellungs-Aktiengesellschaft zum Grundstock ihrer diesjährigen Wiederholung gemacht worden.

Das Bild der Ausstellung selbst hat gegen das Vorjahr eine ziemlich Veränderung erfahren. Es ist früher bereits erwähnt worden, daß in den neuen Hallenbauten nicht auf eine beständige Wiederherstellung der so blühenden Vorkriegsindustrie gerechnet werden kann, und daß die vorläufige wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder heute in ihrer Agrarwirtschaft gesucht werden muß. Auf die politischen Hemmnisse dieser Entwicklung eingewiesen, sei heute unterblieben. Während die vorjährige Ausstellung noch fast auf das erwartete Wiedererwachen der Industrie eingestellt war (Werkzeugmaschinen, Metall-Drehbänke, große Stanzmaschinen usw.) nehmen jetzt die landwirtschaftlichen Maschinen den größten Flächenraum ein, finden auch das größte Interesse.

Ganz wie im Vorjahre ist die Ausstellung auch diesmal international gedacht. Sie ist es auch wieder geworden, doch hat die internationale Beteiligung eine gewisse Verschiebung erfahren. Die Hauptbeteiligung stellt naturgemäß wieder die deutsche Industrie und der deutsche Handel. England ist diesmal nur durch einen Marschal-Dreschlag vertreten, desgleichen Amerika nur durch eine „Case“-Dresch- und Pfluggewinnung, während die Tschechoslowakei gerade in landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten als ziemlich umfangreicher Exponent und Konkurrent der deutschen Industrie aufgetreten ist. Das neuerliche scharfe politische Streben Letztlands und Frankreichs zueinander findet seinen Ausdruck in einem schmucklosen, hohen Aufbau von Brettern, welcher sich stolz „französischer Pavillon“ nennt und ein recht minderwertiges Pendant zu dem ihm gerade gegenüberstehenden russischen Saale bildet, welches, in reinem, alt-russischem Stil aufgeführt, noch immer eines der originellsten Objekte der Ausstellung ist, diesmal aber leer blieb. Über den Inhalt des „französischen Pavillons“ zu schreiben, wäre Verlegenheit. Allerdings ist Frankreich auch durch einen Dreschlag vertreten. Als neuer Exponent der Ausstellung ist ferner Polen erschienen, welches jetzt, nachdem die Ausstellung bereits acht Tage

New-York, 26. Juni. (Funkdienst.) Wechsel auf Berlin Schlusssatz 100 Mark = 0,28 1/2 (0,28) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 349,344 (357,142) Mark.

Preßstimmen zur Verordnung des Reichspräsidenten.

* Aus den Stimmen der Berliner Presse, die, soweit sie der Asten angehört, selbstverständlich begeistert ist, haben wir folgende Bemerkungen einer verständigen Kritik hervor:

Die „Zeit“ sagt, die Verordnungsregeln der Regierung würden die verfassungsmäßige Gleichheit aller Deutschen ab und machen Presse und Versammlungsfreiheit zu einem bloßen Schein. Sie stellen jede der republikanischen Regierung nicht genehme politische Richtung unter Sonderrechte und vor Sondergerichte. Sie zeigen die Verdrängung in einem Ausnahmestande, der ihr Ansehen nicht erhöhen und ihr keine Freunde werden könne.

Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, daß Deutschland nicht eher wieder gefunden könne, als es nicht aus der Morbalmisere herauskomme. Diesem Ziele könnten aber nicht Ausnahmegerichte dienen, die die verfassungsmäßige Meinungsfreiheit in Deutschland auf das schwerste bedrohen.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, die Verordnung sei etwas vorübergehend in der Fassung als die in den Erbregierungen erlassene. Sie bedeute aber dennoch einen Zustand völliger Rechtsunsicherheit und die Möglichkeit jeder Willkür. Als Maßregel für einen vorübergehenden Notfall würde sie sich immerhin ertragen lassen, wenn man das Vertrauen haben könnte, daß sie halbwegs klar, billig und unparteiisch gehandhabt würde. Dieses Vertrauen freilich müßte die Regierung durch sich erst verdienen.

Preßstimmen der Entente.

Rom, 26. Juni. Die Presse äußert anlässlich der Ermordung Rathenau's, die sie tief beklagt, ihre Teilnahme und hebt die Verdienste Rathenau's hervor. U. a. gibt „L'Espresso“ einige Einblicke aus offiziellen deutschen Kreisen über das Attentat wieder und fügt hinzu: Auch der Anschlag auf Rathenau ist aus der verbrecherischen Stimmung entsprungen, die aus der Verweisung des deutschen Volkes hervorgegangen ist, das gegen die wirtschaftlichen und politischen Unmöglichkeiten kämpft, die ihm der Vertrag von Versailles auferlegt.

Preussischer Landtag.

Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gegen 1 1/2 Uhr machte Vizepräsident Dr. Borch dem Hause die Mitteilung, daß er noch nicht in der Lage sei die Sitzung zu eröffnen. Er wolle nur mitteilen, daß der Ältestenrat beschlossen habe, die Sitzung erst um 2 1/2 Uhr zu beginnen. Der Minister des Innern werde eine Erklärung darüber abgeben, welche Maßnahmen die preussische Regierung im Anschluß an die Reichsmaßnahmen treffen wird, die anlässlich der Ermordung des Reichsministers Rathenau getroffen worden sind.

Um 4 1/2 Uhr eröffnete Präsident Reiner die Sitzung. Der Präsident teilte das Schreiben der deutschen nationalen Volkspartei mit über die Wortentziehung an dem Abg. Binkler vom Sonnabend (denn bei den Kommunisten, Ruße: Feuchter.) und erklärte, daß die von den Deutschnationalen beabsichtigte Erklärung dem Stenogrammbericht vom Sonnabend angehängt worden wird. Der Ältestenrat hat die Haltung des Abgeordneten von Sonnabend als durch die außerordentlichen Situation erklärlich nicht beanstandet.

Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme einer Regierungserklärung in Verbindung mit mehreren Anträgen, die sich mit der Reichswehr und Schutze betrafen, sowie mit der Auflösung der monarchistischen Organisationen.

Ministerpräsident Brauns gab zunächst dem Abg. und der Entziehung Ausdruck über die feige Mordtat, der einer der Besten zum Opfer gefallen sei. Dieser Fall zeige besonders, wie weit wir gekommen sind. Kann es so weiter gehen? Ihnen sind die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der Republik, die im Einvernehmen mit der preussischen Regierung getroffen sind, bekannt. Ich rufe alle, die nur ein Herz für unser armes Vaterland haben, auf, und in ihrem Kampfe zu unterstützen. Ich lasse keinen Zweifel den ausführenden Organen gegenüber, daß sich diese Maßnahmen lediglich gegen die rechtsextremen Gruppen richten, die den Weichelmord begünstigen. Kampf gegen alle Feinde der Republik! (Beifall, Ruße der Kommunisten: Von der Innseite kein Wort.)

Minister Severing: Es ist nicht allein der Mensch Rathenau, der aus dem Leben scheidet, dieser Wort greift unser Wirtschaftsleben wie der Rapp-Busch. Schon während in Berlin die Verhandlungen der Bergarbeiter. Wenn ich auch hoffe, daß man sich über das Lohnabkommen einigen wird, habe ich die Hoffnung hin-

läuft und in der nächsten Woche geschlossen werden soll, erst anfangt, auszuweichen, und stolz ankündigt, daß noch mindestens 80 Waggons Exponate unterwegs sein sollen. Dieser Refus in der Verspätung entspricht ganz und gar dem Mißverhältnis zwischen nationalpolitischem Überempfinden und den mangelnden Fähigkeiten, mit den Gemühten des praktischen Lebens fertig zu werden. Es sei nur erwähnt, daß die wenigen politischen Aussteller, welche bereits ausgespacht haben, zu den deutschen Firmen aus dem ebenfalls preussischen Gebieten gehören.

Aber auch innerhalb der deutschen Aussteller macht sich eine auffallende Verschiebung gegen das Vorjahr bemerkbar. Wenige Aussteller vom Vorjahre sind gekommen. Immerhin haben sie sich damit begnügt, durch ihre hiesigen Vertreter die hier lagernden Konfigurationsmaschinen ausstellen zu lassen. Das vorjährige schwache materielle Ergebnis für die Aussteller muß hierfür verantwortlich gemacht werden. Immerhin muß anerkannt werden, daß Deutschland auch in diesem Jahre wiederum trotz schwacher Vorjahreserfolge ein so großes Kontingent an Ausstellern hergegeben hat. Die Batterie von 7 Dampfboreschiffen der Firma Hülshor (Gassen) bildet wirklich einen glänzenden Anblick, und verfehlt nicht ihres tiefen Eindruckes auf die sehr eindrucksfähigen lettlandischen Besucher. Leider zeigen Wolf (Magdeburg) und Lang (Mannheim) in diesem Jahre ein auffallendes Desinteressement. Sodann hat die deutsche Industrie verhältnismäßig wenig landwirtschaftliche Maschinen und Geräte für die mittleren und kleinen Betriebe ausgestellt, und hierfür gerade liegt vorläufig die größten Abgabemöglichkeiten im Baltikum. Hieran kann im Baltikum bedeutend mehr abgesetzt werden wie an großen Dampfboreschiffen. Die großen lettlandischen Konsumgenossenschaften haben diesen Mangel wahrgenommen und recht viele von solchen Geräten ausgestellt, unter welchen sich leider nicht immer deutsche Fabrikate befinden, obwohl wir gerade hier noch leistungsfähig sein müßten.

Leider muß gleichfalls festgestellt werden, daß die diesjährige Ausstellung im Lande nicht jenes ungeheuren großes Interesse gefunden hat, wie im Vorjahre, immerhin wird aber die Ausstellung außer den Interessenten von sehr viel Schülern sowie Zöglingen landwirtschaftlicher und anderer Fachschulen besucht. Und wenn die bisher abgeschlossenen Geschäfte als mäßig bezeichnet werden, eine Verringerung in den nächsten Tagen kaum zu erwarten ist, so ist die Ausstellung und die Beteiligung so vieler deutscher Firmen dennoch lebhaft zu begrüßen, und es muß erwartet werden, daß die gehobene Mühe und die Kosten schließlich doch später einen entsprechenden Nutzen hereinbringen werden.

Schließlich müssen noch jene Bemühungen unbedingte Würdigung finden, welche sich die hiesige deutsche Gesandtschaft gibt, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland zu fördern. Der deutsche Geschäftsträger, Gesandtschaftsrat Dr. Weber, hatte die deutschen Aussteller zu einem

fürstlich des über sich den abkommen nicht mehr. Seit dem Worge an Rathenau besteht die Absicht nicht mehr. Wollen wir das Reparationsabkommen haben und den Ausbund sicherstellen, bedürfen wir dieses über sich den abkommen. Es ist aber nicht die einzige Gefahr. Aus der oberirdischen Frage wird eine schließliche. Berühmte Selbstkühlkolonnen haben Ruhe und Ordnung in Schloßen bereit untergraben (Hört, hört!), daß Vertreter der sozialdemokratischen Partei beim preussischen Staatsministerium und bei den Reichsstellen vorstellig geworden sind, um den Ausnahmezustand über Oberschloßen zu verhängen. Die Ausfühungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten sind heute früh schon an die Oberpräsidenten weitergegeben worden. (Der Minister verliest die Ausführungsbestimmungen.) Die Provinzialbehörden können nicht im Zweifel sein, daß diese Maßnahmen nur gegen die rechtsgerichteten Stellen anzuwenden sind. Verbieten werden alle Regimentsfeiern und die für den 28. Juni geplanten Friedensvertragskundgebungen. Linere Maßnahmen müssen aber auf geübte, ruhigen Befugnissen fußen, wollen wir nicht zum Volkseindem werden. Provokationen durch Regimentsfeiern wären wir auch sonst entgegengetreten. Wenn Angehörige ehemaliger Regimenter zum antiken Tempel gehen, um Kränze niederzulegen, haben wir nichts gegen diese Art der Pietät. Aber wenn sich dieses abschießt unter Verhüllung von Einrückungen der Republik, dann ist es notwendig, die zuständigen Stellen zur Wahrung des Schutzes der Republik in Anspruch zu nehmen. (Sehr wahr.)

Nachdem sich der Sozialdemokrat Heimann über die deutsche nationale Judenbege, die Aufstände in der Reichswehr ereignet hatte, ergriff die Abg. Müller (Dn.) das Wort: Meine politischen Freunde haben noch vor wenigen Tagen bewiesen, daß wir eine gemeinsame Front des ganzen Volkes herbeiführen wollen. (Wdm. Auf: „Mit Ihnen gemeinsame Front?“ Abg. Meier (Berlin) ruft: „So schamlos sind wir noch nie angegriffen worden.“ — Präsident Reiner trägt diese Versammlung.) Wir stimmen mit dem Ministerpräsidenten überein über Verhinderung der politischen Sitten. (Lärm bei den Unabhängigen und Sozialisten — Abg. K. A. ruft dem Redner zu: „Ruhhalter!“) Der demokratische Fraktion gilt unsere aufrichtige Teilnahme. Die Ermordung dieses Mannes trifft unser Vaterland schwer. Denn sie beraubt es nicht nur eines, in diesem Augenblick wertvollen Ministers, (Ruße: „Seuchel!“ Lärm.) sie ist geeignet, die schwerste Erschütterung hervorzurufen. (Neuer Lärm. Der Abg. Neumann (Rom) ruft dem Redner eine Beleidigung zu. — Präsident Reiner ruft den Abg. Neumann zur Ordnung.) Wir werden die Regierung gern in allem Notwendigen unterstützen. (Ruße links: Daß der Mörder nicht gefast wird.) Der Ministerpräsident hat sich gestellt, daß er sich nicht gegen eine politische Partei richtet, sondern gegen die Mörder. (Abg. K. A. ruft dem Redner eine Beleidigung zu. Er wird zur Ordnung gerufen.) Die Verordnung soll sich nur gegen rechts richten. (Lärm.) Niemand weiß, ob die Täter nicht etwa Ausländer sind. (Abg. Ruße: „Freie Lumpen.“ Abg. Schults (Hesseln): „Ruft Ihnen nicht die Bunde heraus bei solchen Tugenden und Seuchel?“ — Abgeordneter Reiner ruft den Abgeordneten Schults zur Ordnung. Gleich darauf erhält auch der Abgeordnete K. A. einen Ordnungsruf. Abg. Schollem (Komm.) macht einen, auf der Tribüne gleichfalls nicht gebörten Rufenruf, den der Präsident mit den Worten ruft: „Dieser Rufenruf entspricht vielleicht Ihrer Willkür. Warten Sie doch die Medefreiheit!“ Schlußruf! Abg. Schollem ruft: „Medefreiheit, aber nicht für Mörder.“ Präsident Reiner: „Sie bringen mich, von den Nachmitteln der Geschäftsführung Gebrauch zu machen. Dieser Ton setzt den Landtag lediglich herab. Mit Gewalt kann Liebe zur Republik nicht erlangen werden. (Rufenrufe des Abg. K. A. — Präsident Reiner: „Herr K. A., wir haben von Ihnen noch nie die Republik schäßen sehen. Lassen Sie auch anderen Rednern die Freiheit, die Sie in Anspruch nehmen.“) Mit der Haltung unserer Partei in diesen Tagen können wir zufrieden sein. (Beifall rechts. Rufen und Weilen links.)

Abg. K. A. (D. W.): Wir sind keine Freunde von Ausnahmemaßnahmen. In dieser hundertjährigen Zeit, nach diesem furchtbaren Ereignis aber hat sie bitter notwendig. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.) Es darf nicht so bleiben, daß der Kampf der politischen Meinungen zu so furchtbaren Ausschreitungen führt, wie wir sie jetzt erlebt haben. Wir müssen in dieser schweren Zeit des Vaterlandes uns bereden lernen und zusammenstehen zur gemeinsamen Arbeit der gegen unser Vaterland gerichteten Schläge. (Beifall.) Wir billigen die Verordnung, rechnen aber darauf, daß das Gesetz gleichmäßig gegen alle Seiten angewendet wird. Alle Freunde des Vaterlandes müssen sich jetzt zusammenschließen, damit wir herauskommen aus dem Elend, das die Ausnahmeverordnung notwendig gemacht hat. (Beifall bei der D. Wt.)

Es wurde sodann ein Schlußantrag angenommen. Die Anträge wurden dem Verfassungsausschuß überwiesen. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch 11 Uhr angesetzt. Auf der Tagesordnung steht das Finanzministerium und seine Vorlagen.

gemühtlichen Bierabend in dem Räumen der Gesandtschaft geladen, und es waren auch Vertreter der lettlandischen Regierung, die Herren Finanzminister Kalning, Staatssekretär Albat, Eisenbahnminister Paulus und andere hohe Beamte der lettlandischen Ministerien, sowie Vertreter der lettlandischen Presse, Industrie und Handelswelt dieser Einladung gern gefolgt. Der Lebensmüdigkeit des Gastgebers und der Herren der Gesandtschaft gelang es rasch, die für einen deutschen Bierabend übliche gemühtliche Stimmung und Sprache der deutschen und lettlandischen Gäste herbeizuführen.

E. T. A. Hoffmann-Fest. Anlässlich des 100. Todestages E. T. A. Hoffmanns veranstaltete die Ortsgruppe Breslau des Eisenach-Wundes gemeinschaftlich mit der Sektion für Kunst der Gegenwart der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur am Sonntag vormittag im Festsaal der Rehtzen eine Feier, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Privatdozent Dr. G. Fedel begrüßte die Erschienenen und trug sodann am Flügel die Ouvertüre zu Hoffmanns Oper „Undine“ vor. Über den Dichter Hoffmann sprach Geheimrat Regierungsrat Prof. Dr. Max Koch, der bei seiner Schilderung von Hoffmanns Leben in dankenswerter Weise besonders eingehend bei den Bedingungen des Dichters zur Provinz Schloßen verweilte und u. a. dessen interessante Schilderung des Jadenalles bei Schreiberhau wiedergab. Wenn der Redner den gelegentlichen Einfluß des Alkohols auf Hoffmanns literarisches Schaffen verneinte, dann steht ihm hier allerdings Hoffmanns eigenes Zeugnis gegenüber (vgl. den Zeitungsartikel in der Unterhaltungsbeilage der Schief. Ztg. vom 18. Juni d. J.). Größere Abstände aus Hoffmanns Dichtungen („Der Faust in Berlin“, „Des Welters Fenster“) las Herbert Schiedel vor, der sich seine Sache jedoch ziemlich leicht gemacht hatte und wenig Charakteristisches bot. Dr. Fedel verbreitete sich hierauf über Hoffmann als Musiker, und Gesangsvorträge von Frau Gertrud Reichmüller — aus der „Undine“ — beschlossen stimmungsvoll die Feier. — In diesem Zusammenhang sei darauf aufmerksam gemacht, daß die neueste Nummer der von E. J. Jacob herausgegebenen Zeitschrift „Der Feuerreiter“ (Berlin, Verlag von Albrecht Blau) dem Gedächtnis E. T. A. Hoffmanns gewidmet ist und einige sehr wertvolle Beiträge enthält. So hat der kürzlich von der Königsberger Universität zum Ehren doktor ernannte Hoffmann-Forscher Hans von Müller ein bisher ungedrucktes Schreiben des Dichters an den Redakteur Rodolph beigeleitet, während Ludwig Marcuse den künstlerischen Ausdruck der Verfolgungsmotive in Hoffmanns Novellen, Adolf Caspar die Kramtechnik Hoffmanns, Heinrich Eduard Jacob den fundamentalen Einfluss des Metaphysikers Hoffmann auf die französische Literatur des 19. Jahrhunderts und Fritz Gottfurch die geistlichen Wurzeln in Hoffmanns Kunst untersucht.

§§ In einem von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, unterzeichneten Antrage wird dem Reich die Entwurf eines Gesetzes über den Ersatz der durch die Regierung des deutschen Reichsgebiets verursachten Personenschäden vorgelegt.

Ansprüche auf Grund dieses Gesetzes sind innerhalb von sechs Monaten von dem Tage, an dem der Berechtigte den Schaden erlitten hat, anzumelden. Die Frist beginnt jedoch frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes. Später kann der Anspruch noch angemeldet werden, wenn sich die Folgen der Verletzung erst später bemerkbar gemacht haben, das Leiden sich verschlimmert hat oder der Berechtigte an der Anmeldung durch höhere Gewalt verhindert war. Die auf Grund dieses Gesetzes zu leistende Entschädigung wird unter Ausschließung des Rechtsweges in einem geordneten Verfahren festgestellt; gegen die Entscheidung im ersten Rechtszug ist Beschwerde an das Reichswirtschaftsgericht zulässig. Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrates die Ausführungsbestimmungen für dieses Gesetz.

Die eingeborenen Amerikano sind, wie
im Bericht von 1920 schon gemeldet

— Deutschesindliche Rundgebungen in Grenoble. In Grenoble, wo der Binius Hagen bed aus Hamburg Vorstellungen gibt, nahm die Polizei 18 Artisten und Angestellte fest, und wies sie aus. In der Stadt wurden Rundgebungen gegen die Deutschen verankaltet.

Wa. Die englische Auffassung über Diktatorien. Der „*Quarterly Review*“ meldet über die Tagung der Union der Völkerbündnisse in Braag noch, daß die englische Delegation eine Entschließung vorgelegt habe, dahingehend, daß im Anbetracht dessen, daß die Entente sowie der Völkerbund Diktatorien als eine besondere juristische Person im Sinne des internationalen Rechtes anerkannt haben, Diktatorien auch als besondere Land (pays distinct) anzusehen sei. Trotz polnischer Gegenargumente wurde die englische Resolution mit 15 gegen eine Stimme bei drei Stimmenthalungen angenommen.

— Höchste Zeit! Unter der Spitzmarke „Sie vervollkommen
ihre Bildung“ schreibt der Brager „Egal“, daß sich dieser Tag
für Ministerialräte an einem Brager Gymnasium
der Reifeprüfung unterzogen haben.

— Streikfolgen in Spanien. Infolge des Metallarbeiterstreiks liegen 67 Schiffe mit insgesamt 170 000 Tonnen ohne Beschäftigung im Hafen von Bilbao. Ähnlich liegen die Verhältnisse wegen des Bergarbeiterstreiks in den Muratischen Häfen.

Ausfall der Berliner Börse.

Mitgliedschaftskosten

in Berlin. (Fig. 2)

Niederlausitzer Kohlenwerke. (Eig. Tel.) Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 80 Prozent fest und wählte Generaldirektor Biatzschel (Unhalter Kohlenwerke) in den Aufsichtsrat.

Grünhuth Textilwerke A.G. Der Aufsichtsrat beschloß der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent und die Verdoppelung des Aktienkapitals auf 60 Millionen Mark Stammaktien und 10 Millionen Mark Vorzugsaktien vorzuschlagen.

Δ **Schließliche Feuerversicherungs-Gesellschaft, Breslau** In der unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Theusner abgehaltenen Generalversammlung waren 64 Aktionäre vertreten mit einem Aktienkapital von 3588 500 M. Die Generalversammlung nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates entgegen, erteilte Aufschüttung und Vorwand Entlastung, genehmigte die vorgeschlagene Gewinna- und Verlustrechnung nebst Bilanz, festsetzte vorschlagsgemäß den Gewinnanteil auf 185 M für die neuen bezahlten 880 M für die sogenannten alten Aktien fest und beschloß, § 2 des Gesellschaftsvertrages in der vorgeschlagenen Form abzuändern. Die fassungsgemäß ausstehenden Mittel der des Aufsichtsrates wurden einstimmig wiebegeordnet.

Übersichtstabkommen im Ruhrbergbau. (Eig. Teil.) Nachdem in der Bergarbeiterschaft herrschenden Stimmung, die ohnehin für das Lohn- und Übersichtstabkommen nicht günstig war und die durch die Nachwirkung der Emordung Mathienaus noch verschlechtert ist dürfte es dem großen Bergarbeiterverbande faul gelingen, seine Mitglieder zur Annahme des Übersichtstabkommens zu bewegen. Die endgültige Entscheidung fällt am 20. Juni.

Derliner Viehmarktbericht vom Zentralviehhof vom 24. Juni 1922. Auf dem Schlachthofviehmarkt waren aufgetrieben: 2409 St. Künder, 1276 Stüd Kälber, 6864 Stüd Käse, 4719 Stüd Schweine außerdem 62 Stüd Schweine aus dem Memelgebiet. Nachdem der Streich der Treiber aus dem Zentralviehhof durch Vergleich beendet war, stellten sich auf dem heutigen Markt Meinungsverschiedenheiten mit der Vieherückführungsgesellschaft ein. Infolgedessen begann der Markt in Mindern, Kälbern und Schweinen erst um 10% Uhr zu wurde die Marktheit bis 1% Uhr verlängert. Bei Rindern, Kälbern und Schweinen letzte der Markt lebhaft ein. Rinder wurden bis zu 80 M pro Pfund Lebendgewicht gehandelt. Kälber waren nur sehr wenig aufgetrieben und hielten sich die Preise der Woche. Der Schafmarkt verlief sehr lebhaft und wurden Breiten bis zu 80 M pro Pfund Lebendgewicht gezahlt. Schweine wurden bis über 50 M pro Pfund Lebendgewicht gehandelt.

Ziehung. Die gezogenen Nummern der 4 ½ pro. Teilschuldverschreibungen der Oberschlesischen Eisenbahn-Verkehrs-A.-G. vom Jahre 1907 werden im Angebotsfall veröffentlicht.

— In der Generalversammlung der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft am 20. Dezember 1921 war die Erhöhung des Grundkapitals

jedezeitigen Betrag der Ausgabe

Im dem Geschäftsbericht der Sächsisch-Bohmischen Portland-Cementfabrik, die 20. März (12 Prospekt) Dirbunde vorbringt, wird mitgeteilt, daß der Monat erst im ersten Quartal abgehandelt habe. Eine Voraussage über das Ergebnis des laufenden Jahres lasse sich ihm im Hinblick auf die böhmische Cement-Industrie über erhebliche Vorräte betreffen diese auf den Verkaufspreis drücken, nicht machen. Der Vorhab sich bei der Abfassung des Berichtes allerdings weichen abgeändert.

— Die Stoffgroßfirma Gebr. Heller & Sohn in Berlin ist in eine Kommandit-Gesellschaft Aktien mit 4,3 Millionen Mark umgewandelt worden.

Sezugerechte. Union Diehl 13, Mimosa 196, Preßspan 750 bz. G.
Webburger Wolle 485, Linde's Gismaschinen 406, Deutsche Effekten
und Wechselbank 4, Zellstoff Waldbhoff 121.

Parl	Disk.	25.	24.	Parl	Disk.	25.	24.
108,74	4 1/2 Amstrd. 100 Fl.	1348,30	1308,34	4,198	New-York - 1 Dell.	348,56	344,56
		13516,90	13116,40		do	349,44	345,44
81.	5 1/2 Brusse 100 Fr.	2776,90	2766,50	81.	6 Paris 100 Frs.	2866,40	2911,38
		2783,50	2773,60		do	2873,60	2918,68
12,50	7 1/2 Charlfvns 100 Kr.	5682,85	5622,95	81.	4 1/2 Schwed 100 Fr.	6516,80	6516,80
		5697,15	5637,05		do	6533,30	6533,20
12,50	7 1/2 Hogenag. 100 Kr.	7440,35	7270,30	81.	5 Spanien 100 Pes.	5329,30	5349,30
		7459,38	7289,10		do	5341,70	5358,70
12,50	7 1/2 Stockh. 100 Kr.	8803,85	8724,05	85,06	4 Wien (10. u. 6. abg.)	1,98	1,88
		8931,15	8754,98		do	1,97	1,92
81.	9 Helsingfors	780,00	753,08	85,06	6 Prag 100 Kronen	673,15	654,15
	do	782,00	784,53		do	674,85	655,55
21.	6 Italien 100 Lira	1592,00	1602,95	85,06	Budapest 100 Kron.	34,95	34,25
	do	1602,00	1607,05		do	35,05	34,25
20,43	7 London 1 Pfd. St.	1538,05	1508,10	—	Warschau poln. Wk.	7,80	7,55
	do	1541,98	1511,90		do	—	—

(Tel. d. Dt. Südam. B.) Kabelausszahlung Deutschland 262 gleich 1 Goldpeso, Kabelausszahlung New-York 20 amerikanischer Dollars gleich 128 $\frac{1}{2}$ Goldpesos. — Mexiko, 24. Juni. Kabelausszahlung Deutschland 166 $\frac{1}{2}$ gleich 1 mexicanischer Peso, Kabelausszahlung New-York 48 $\frac{1}{2}$ amerikanischer Dollar gleich 100 mexicanische Pesos.

w. Studthelm, 26. Juni. Stichtwechsel auf London 17,24, do. Berlin 1,1
do. Paris 83,10, do. Brüssel 81,50, do. Schweiz. Plätze 74,20, do. Amsterdam 15
do. Kopenhagen 83,50, do. Antwerpen 83,75, do. Washington 393½, do. Helsinki

be. Paris 11,57%, be. Schweiz 40,00, be. Wien 0,0145, be. Kopenhagen 55,22, be. Stockholm 66,90, be. Antwerpen 42,55, Wechsel auf Rio-Port 265%, be. St. Paul 12,05.

WIB. New-York, 24. Juni. Privatbankent.									
VOM	24.	25.	VOM	24.	25.	VOM	24.	25.	
Goldkette	—	3	Charg. u. Sile	66 1/2	68	Reading	74	78	
W. B. 1883	—	—	Ch. u. S. B.	—	—	—	—	—	

Atch. Top. u. St. Pd.	99%	98%	N.-Y. Centr. N. R.	94%	93%	Steel pref.	120%	120%
Baltim. u. Ohio	50 ³ / ₈	49%	Norfolk u. West.	106%	105%	Siber. limited	99%	98%
Canada Pacific	137%	137%	Pennsylvania	49%	41%	Amcland	70%	70%

Wachsel auf Amsterdam 33.90 do auf Belgien 7.07 do auf die Schweiz

Berlin, 26. Juni. Probierenmarkt.
Nichtamtliche Preise (für 50 kg ab Station):

	26.	24.		26.	24.
Wasser			Wasser		

e	Borpom. . .	—	—				
e	Roggen marfischer .	635—650	622—630	Weizenmehl 70%			
	marfischer			für 100 kg			

marfische . . .	—	—	—	—	—
Sommergerfte	750—770	740—760	Malzmehl f. 50kg	—	—
marf. u. fhlef.	870—885	880—875	Weizenfleie . . .	495—520	490—
Safer marf.	—	—	Regenfleie . . .	490—500	490—

Viktoria-Erbjlen	—	—	Leinfuchen . . .	860—870	860—
Erbjlen, kleinere	—	—	Trockenschnitzel .	480—485	480—
Futter-Erbjlen	—	—	Buderschnitzel .	—	—

Serabella neue	—	700—790	Saferstroh . . .	140—150	140—
poln	—	—	do. gebündelt.	—	—
Kapstücken	550—590	550—590	Panastroh	140—150	140—
Malinchen	—	—	—	—	—

11 448 Ballen angeboten, die durchweg aus feinen Sorten
standen. Gewaschene und ungewaschene Qualitäten fanden zu
veränderten Preisen willigen Absatz. Mittelfeine australi-

Hamburg, Bremen oder Rotterdam 11 108, Raffinadapuffer 99/99,2 % 9850
9750, Orig.-Glittenweichblei 3750—3850, Orig.-Glittenrohsint, Preis im fr
Verfehr 4300—4400, do. b. Zinkglittenverbandes 4178, Nemesle-Plattensint
Bambel-Plattensint 3500—3600, Orig.-Glittenaluminium 98/99

Antimon-Regulus 3550—3600, Silber-Parren (ca 900 fein) 7020—7016.
w. Hamburg 26. Juni. Metalle. Silber (ca. 900 fein) prompt 7500
7425 G., per Juni 7500 Br. 7425 G., per Juli 7450 Br. 7400 G., per
7425 Br. 7350 G., Rinf (Hüttenroh) pr. 4325 Br. 4200 G., per Juni 4325 Br.

3500 G. 3500—3500 beg., Juni (Sonder) 231 Br. 231 G., do. prompt und per Juni 231
Lieferung vier Wochen 234 Br. 231 G., do. prompt und per Juni 231
227 G., per Juli 230 Br. 226 G. 229 beg., per August 229 Br. 226
Kupfer (greifb. Cathoden) 106 Br. 103 G., do. (Raffinade) 94 Br. 98 G.

niedr. Preis 23½, Höchster 24½, Zinn niedr. 27½, Höchster 27½, Silber
und do. auf Lieferung 357/8, Gold 94/—.

Gold u. Silber Bruch **kauft zu höchsten Preisen** **Paul Alter** Kupferschmiede-
straße 17.

Reichstag.

88 Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Haus ist schwach besetzt. Die Interpellationen über die Eisenbahngütertarife und über die Kriegsschuldenfrage sollen von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Die Vorlage, durch die das Wohnungsmangelgesetz bis zum 31. März 1923 verlängert wird, wurde in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über Ründigungsbeschränkung ausgenommen Schwerkrriegsbeschädigter und der Gesetzentwurf über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Verlängerung der Ründigungsordnung. Der Ausschuss hat mit der Verlängerung verschiedene Änderungen verbunden. Der von der Regierungsvorlage für Grundstücke unter 5 ha vorgesehene Ausschluss der Ründigung ist vom Ausschuss auf Grundstücke bis 10 ha ausgedehnt worden. Dieser Ausschluss der Ründigungsmöglichkeit soll den Ründigungsämtern aufhelfen.

Der Abg. Dr. David (Soz.) beantragte eine Erweiterung des Ründigungsschutzes dahin, dass das Deputatland landwirtschaftlicher Arbeiter bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres dem Deputaten zur vollen Nutzung verbleibt.

Abg. Sagemann (Ztr.) wünscht einen größeren Spielraum für die Vertragsfreiheit und empfiehlt mehrere Änderungsanträge, die das erreichen sollen. Er verlangt weiter eine Anpassung der Ründigungspreise an die Geldentwertung noch vor dem Ablauf der Ründigungsverträge.

Der Gesetzentwurf wurde hierauf in zweiter und dritter Lesung angenommen. Da der Saal jetzt wegen der Vorbereitungen für die Aufhebung Rathenaus freigegeben werden musste, wurde die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung findet 8 Uhr abends statt.

Verschiedene Mitteilungen.

— 640 Klassen für Frankreich, über die Durchführung des Versailler Friedensvertrages ist zwischen der französischen und der deutschen Regierung ein Abkommen zustande gekommen, welches die Reparationskommission bilanziell und das darin besteht, dass Deutschland jetzt mit der Lieferung von 640 Klassen beginnen wird, eine Lieferung, die innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden soll. Die erste dieser Klassen befindet sich bereits auf dem Wege nach Frankreich.

— Die Schulblüte. Auf eine deutsch-nationale Anfrage ließ der Hamburger Senat in der Bürgerschaft erklären, dass er die Aufhebung des im Versailler Vertrag enthaltenen erzwungenen Exzellenzgesetzes von der Schuld Deutschlands am Weltkriege für dringend geboten halte, es aber der für die auswärtige Politik verantwortlichen Reichsregierung überlassen müsse, im Rahmen der Gesamtpolitik dem Zeitpunkt zu bestimmen, in dem eine Revision des Friedensvertrages mit Aussicht auf Erfolg in die Wege geleitet werden könne.

88 Zu dem Weibsch. „Attentate zur Reparationsfrage“ vom Mai 1921 bis März 1922, das dem Reichstage vor kurzer Zeit zugegangen ist, ist jetzt ein Nachtrag erschienen, in dem ein Notenwechsel zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie ein Bericht des Anleihekomitees an die Reparationskommission vom 10. Juni 1922 enthalten ist.

88 Vom Disziplinardienst. Ein Gesetzentwurf zur Änderung des § 91 des Reichsbeamtengesetzes, der sich mit der Organisation des Disziplinardienstes befasst, ist dem Reichstage zugegangen. Nach dem neuen Gesetz soll die Zahl der Mitglieder des Disziplinardienstes von 18 auf 20 erhöht werden. Um das bisherige Verhältnis aufrecht zu erhalten, müssen wenigstens zehn Mitglieder des Reichstages, der Präsident und mindestens 14 Mitglieder des Reichsgerichts sein. Die Vermehrung der Mitglieder des Disziplinardienstes hat sich als notwendig erwiesen, weil die bisherigen Mitglieder zur Bewältigung der jetzt vermehrten Arbeit nicht mehr ausreichen.

Wa. Die Liquidation der deutschen Güter in Polen. Nach einer Meldung des „Wozeglad Wiegorn“ sind bisher etwa zehn große deutsche Güter und 400 kleinere deutsche Ansiedlungen von den Polen liquidiert worden. Von den übrigen Gütern sei ein Teil freiwillig verkauft, ein Teil dem bisherigen Eigentümer belassen worden.

Hauptversammlung der D. L. G. und Wanderschau.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hielt am Sonnabend vormittag im Anschluss an ihre Wanderschau die diesjährige Hauptversammlung ab. Herr v. K. Hagen als Vorsitzender des Ausstellungsveranstalters leitete die Versammlung mit einer Ansprache ein, in der er darauf hinwies, dass man bisher nur Menschen als geeignet für eine in Bayern abzuhaltenen Wanderschau angesehen habe; es sei aber zu hoffen — die Versammlung stimmte ihm in dieser Hoffnung durchaus bei — dass die Besucher der nun doch nach Nürnberg einberufenen Schau die Wahl nicht als einen Mangel empfänden. Es wurden dann eine Anzahl geschäftlicher Angelegenheiten, Neuheiten und Jahresberichte kurz erledigt. Der Vorsitzende von Weich konnte die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre sich um rund 3000 vermehrt und dass die letzte Wanderschau bereits über 1600 Neuanmeldungen gebracht habe. Professor Kiehl, ein Münchener hielt dann einen Vortrag über die Entwicklung der bayerischen Landwirtschaft seit der letzten in Bayern, im Jahre 1906, abgehaltenen Wanderschau. Er konnte viel Erfreuliches über die teils mit Unterstützung der Regierung, teils aus der Initiative der Landwirte selbst hervorgegangenen Fortschritte, namentlich auch über das außerordentlich rege landwirtschaftliche Vereinsleben und die Förderung der Ausbildung der Landwirte berichten. Am Schluss der Verhandlungen begrüßte der Vorsitzende noch die erst im Laufe der Sitzung eingetroffenen Gäste, den Landwirtschaftsminister Burghard und den Präsidenten des Reichswirtschaftsrates, Herrn von Braun. Außerdem empfahl er den Anwesenden warm, die Anschaffung einer mit Unterstützung der Staatsregierung herausgegebenen Festschrift „Das Bauernland Bayern“. Diese Empfehlung darf als durchaus wohlbegründet angesehen werden, denn die Festschrift enthält eine große Anzahl nicht nur landwirtschaftlich belehrender, sondern auch unterhaltender, politischer, Land und Volk Bayerns, sowie namentlich die Stadt Nürnberg, schildernder Artikel. Ein Artikel „Bayern und das Reich“ mahnt dazu, dass die einzelnen Stämme und Länder im Rahmen des Reiches ihre Eigenart und ihre Überlieferungen ungehindert beibehalten und entwickeln dürfen; dann würden die „Vereinigten Staaten von Deutschland“ ein in seiner Einheit unerschütterliches Ganzes bilden.

Der Rudenzaug der Wanderschau hat im Laufe des Sonnabends einen beinahe beängstigenden Umfang angenommen. In den Straßen der Stadt sowohl wie auf dem Ausstellungsgelände können sich die Menschen vielfach nur mühsam aneinander vorbeischieben, die Straßenbahnen waren überfüllt, die vielen „obdachlosen“ Besucher der Wanderschau wanderten mit den Meistenden in der Hand umher. Für die auf Sonntag anberaumte Trachtenschau trafen aus fast allen Gegenden Deutschlands, in denen sich noch Volkstrachten erhalten haben, die Vereine in außerordentlich bunter, meist sehr ansprechender Trachten ein; sie wurden auf dem Bahnhof mit Musik empfangen und durch die Straßen geleitet. Von den mit der Wanderschau verbundenen Veranstaltungen haben die wiederholten Reit- und Fahrturniere auf dem Ausstellungsgelände größten Beifall gefunden; große Begeisterung erregten die in Friedensuniformen der Kavallerie reitenden Herren. Es konnte dabei wunderbar schönes Pferdmaterial angeschaut werden. Mit Begeisterung wurde am Freitag abend im Stadtheater auch die glänzende Aufführung der „Reiterfinger von Nürnberg“ mit Blüchle als Hans Sachs, Anne als Walter Stolzing und Axel Clement als Eva aufgenommen.

Dr. L. H. P. 124

Schlesien.

Die dritte Zone in Oberschlesien.

rt. Rosenberg, 26. Juni.

Mit der dritten Zone ist Montau der Kreis Rosenberg wieder dem Deutschen Reich zurückgegeben worden. Es ist nicht viel über ein Jahr her, dass Montau schwerer zu leiden gehabt hat. Hier war ein Brennpunkt des Kampfes mit den polnischen Banden, in dem die Bevölkerung ganz auf sich selbst angewiesen war. Der zurzeit nur notdürftig wieder hergerichtete Bahnhof ist noch heute ein lebhafter Erinnerung an jene Zeit. Nun ist mit dem Einzug der Reichswehr der Zusammenhang mit dem übrigen Deutschland wiederhergestellt und damit die Hoffnung gegeben, dass ähnliches sich nicht wiederholen wird.

Wie in den anderen Orten, wo man bisher die deutschen Truppen begrüßen konnte, so hat auch Rosenberg ein Festgewand angelegt: Laubgewinde, Blumen, Fahnen. Besonders froh erschienen inmitten der frohgewandten Menge, die den Ring und die Anschließstrassen umsäumt, die Schär der weissekleideten und mit den deutschen Farben geschmückten jungen Mädchen. Blühtlich zur Mittagsstunde, wie es angeordnet war, rüdten unter Glockengeläut und dem Jubel der Bevölkerung die Selbstgrauen, von Kreuzburg her kommend, in die Stadt ein, voraus das erste Bataillon des Infanterie-Regiments 5 mit einem Paradermarsch, dem alten Krieger, die sich in ihren Vereinen auf dem Ring aufgestellt hatten, uneingeschränkten Beifall gollten, dann die zweite Reiterabteilung vom Regiment 7, die alten Reibkürassiere aus Breslau und zuletzt — kaum gewahrte die enge und steil ansteigende Bahnhofstrasse ihnen den Durchgang — dröhnten und schaukelten die Motorgeschütze heran.

Selbstverständlich wurde in den Begrüßungsreden der Not gedacht, die Rosenberg im vorigen Jahre durchgemacht hatte. Landrat von D. e. e. hob dabei hervor, dass es deutsche Männer waren, die damals sich als Retter gegen die rübernden und plündernden Banden erwiesen. An dankbarer Verehrung gedachte er der tapferen Selbstkürassiere, die ihre Liebe zum Vaterland durch den Tod bezeugt haben. Jetzt sind wir wieder frei, und wir begrüßen die Krieger dieser Freiheit, Reichswehr und Schupo aus herzlichste. Ihnen gilt das Hoch des Hedners. Bürgermeister Kasperowski verlas die Fremdherrschaft im Abstinenzgebiet mit einem Gefühls. Wer in dieser Zeit Gelegenheit gehabt hat, einmal aus dem Gefängnis herauszukommen und einen Blick in das übrige Deutschland zu tun, dem war es eine Erleichterung, zu sehen, dass Arbeit und Ordnung in Deutschland wieder einaufbrechen begannen. Unsere Bitte an Gott, dass er uns aus dem Gefängnis erlösen möge, ist erfüllt worden. Heute sind wir wieder frei, während leider andere Teile unseres Landes uns entzogen werden. Aber wir hoffen auf eine Wiedervereinigung mit den Getrennten. Der Hedner brachte ein Hoch aus auf Oberschlesien. Namens der Reichswehrtruppen dankte der Kommandeur der Infanterie, Oberstleutnant von Roeder, für den Empfang. Seine Versicherung: „Von heute ab herrscht hier wieder deutsches Recht und deutsche Ordnung“, wurde mit lauten Beifallsrufen aufgenommen. Auch er gedachte der Zeit im vorigen Jahre, da die Reichswehr mit bitteren Gefühlen Gewehr bei Fuß stehen und die Oberschlesier in ihrer Not sich selbst überlassen musste. Wenn wir immerhin noch einen so beträchtlichen Teil Oberschlesiens behalten können, so danken wir das mit dem Selbststich der Oberschlesier. Einem Surra des Hedners auf den Kreis Rosenberg und das gesamte deutsche Vaterland folgte das Deutschland, und das Niederländische Dankeswort ließ den feierlichen Akt würdevoll ausklingen.

Zu gleicher Zeit, da man im Kreise Rosenberg Wiedersehen feiern konnte, war für den größten Teil des Kreises Lublitz und seine Hauptstadt eine bittere Abschiedsstunde, denn nur ein kleiner Teil von Lublitz bleibt in deutschen Händen. Aus dem Kreise Lublitz waren an diesem Tage viele nach Rosenberg gefahren, um wenigstens für kurze Zeit an der Freude ihrer Landsleute ihre eigene Trauer zu verassen. Auch in Larnowik, der alten Hauptstadt, sind am gleichen Tage die Polen einmarschiert.

Mit der Übergabe von Lublitz und Larnowik ist ein neuer Schicksalsschlag über den Kreis Rosenberg gekommen. Der auf der Eisenbahn von Rosenberg nach Beuthen und umgekehrt fährt, kreuzt das polnische Gebiet. Während dieser Fahrt werden die Wagen verstopft, auch die Fenster dürfen nicht geöffnet werden. Am ersten Tage wurde es damit allerdings noch nicht so genau genommen. Man konnte infolgedessen manchen Blick aus dem Fenster hinaus tun und feststellen, dass die Polen mit gewaltigem Waffenaufgebot gekommen waren. Selbst ein Panzerzug stand da, dessen Wagen den Namen Raderowski trug. Auch polnische Beamtenuniformen sind natürlich überall gleich aufgetaucht, wenn auch nur teilweise. In Larnowik war die rote Mütze des Stationsvorstehers noch rund, in Lublitz dagegen hatte sie bereits viereckige Gestalt erhalten. Die Nationalität der Eisenbahnwagen, die hier an Polen übergeben sind, hat man dadurch geändert, dass man die deutschen Ruachhörschleissbezeichnungen mit weißer Farbe überstrich und darauf matte Gornislack — Oberschlesien.

Unruhehüter.

88 In Ost- und West-Oberschlesien sollen sich, nach einer amtlichen Mitteilung, noch landfremde Elemente anhalten, die in die polnischen und in die jüdischen Teile der Bevölkerung Unruhe bringen. Von polnischer Seite soll die dringende Mahnung an die deutsche Regierung ergangen sein, dafür Sorge zu tragen, dass diese landfremden Elemente aus dem deutsch-gebliebenen Oberschlesien baldmöglichst entfernt werden.

Die polnische Regierung hat allen Anlaß, ihr ganzes Augenmerk auf die in Ost-Oberschlesien den Deutschen drohende Gefahr zu lenken.

Abschiedskonzert in Beuthen.

rt. Beuthen, 24. Juni. Die Luft, die hier in Beuthen weht, ist etwas freier als in Gleiwitz. Obwohl auch hier noch der Belagerungszustand besteht, dürfen die Gastwirtschaften seit einigen Tagen wieder bis 10 1/2 Uhr geöffnet bleiben, während in Gleiwitz um 9 Uhr Schluß ist. Heute nachmittags hörte man sogar auf der Bahnhofstrasse laut „O Deutschland hoch in Ehren“ singen, und selbst gegen „Anfälligkeiten von Wenslau“, die ja sonst in der Regel unter dem Belagerungszustand verboten sind, wird nicht eingeschritten, im Gegenteil, die Engländer veranlassen heute (Sonntag) nachmittags sogar selbst eine solche. Die Kapelle des ersten Bataillons des Glostershire-Regiments gab von 6 bis 8 Uhr auf dem Ring ein Abschiedskonzert. Die Engländer haben ein Programm von vierzehn Musikstücken, das ganz international aufgestellt war und von deutscher Musik einen Militärmarsch von Blankenburg und zwei ungarische Tänze von Wagners enthält. Die Deutschen waren in Massen zu

diesem Abschiedskonzert erschienen, natürlich auch Beifall, besonders, als zum Schluß die englische Nationalhymne kam, die jeder natürlich an unser altes „Heil Dir im Siegerkranz“ erinnerte, und freuten sich im Stillen auf den nicht mehr fernem Augenblick, da eine deutsche Militärkapelle zum ersten Male wieder auf dem Ring spielen wird. Das wird ganz anders klingen, denn die englischen Kapellen sind mit verhältnismäßig vielen Holzbläsern und wenig Blech ausgestattet, so daß die Kraft ihrer Töne der einer deutschen Kapelle nachsteht.

Breslauer Kreistag.

* Der demokratische Landrat Dr. Herrmann hat das Vertrauen der Sozialdemokraten verloren. Deshalb machen sie jetzt Obstruktion gegen ihn und erschweren die Geschäftsführung, wo sie nur können. In dem gestrigen Kreistage waren sie in der Lage, da sie die Hälfte der Stimmen besitzen, alles abzulehnen. Die Sitzung dauerte von 11 Uhr vormittags bis 6 1/2 Uhr abends und wurde dann vertagt, nachdem trotz der Länge der Zeit fast nichts erledigt worden war. Über den Gang der Verhandlung liegt folgender Bericht vor:

Am Montag vormittag um 11 Uhr fand ein Kreistag des Landkreises Breslau unter Vorsitz des Landrats Dr. Herrmann statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Landrat der durch die Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau erschwerten Lage des Vaterlandes und verlas, während sich die Versammlung von den Plätzen erhob, den als Telegramm des Reichskanzlers an die Behörden gerichteten Aufruf der Reichsregierung, der zum Schutze der Republik öffentlich angeschlagen werden soll. Der Landrat schloß daran die Mahnung, alles, was uns trennt, zurückzustellen, einzig als Deutsche zusammenzuhalten, und dem Auslande gegenüber als Einheit aufzutreten. Beim Bericht über die Verwaltung und den Stand der kommunalen Angelegenheiten des Kreises hob der Landrat hervor, daß der Kreis bei der Umlieferung des Umlagegetreides stets an der Spitze gestanden habe. Ja, nicht nur das Soll sei erfüllt worden, sondern weit darüber sei abgeliefert worden, jedoch dem Kreise daraus erhebliche Gewinne zuzufallen. Das im vorigen Jahre noch mit 2300 000 Mark vorhandene Defizit aus der Kreisverwaltung ist bis Ende 1921 auf 915 000 Mark zurückgegangen. Aus der Überlieferung der Getreidemenge werde der Kreis etwa 1 1/2 Millionen Mark erzielen, jedoch heute nicht nur das Defizit gedeckt sei, sondern schon Überschüsse erzielt worden seien. Der Landrat dankte den Landwirten für die prompte und überreichliche Getreidelieferung und beehrte diesen Dank auf die landwirtschaftlichen Organisationen aus, die sich dabei besonders verdient gemacht haben, jedoch der Kreisverwaltung wenig Arbeit entband. Über die Finanzlage des Kreises äußerte sich der Landrat sehr befriedigt. Er habe keine Veranlassung, sich so pessimistisch zu äußern, wie es in anderen Kommunalverwaltungen geschehen sei. Die Finanzen des Kreises seien noch gesund; es werde sich kaum eine Kommunalverwaltung finden, die finanziell so gesund dastünde wie die des Landkreises Breslau.

Die Sozialdemokraten, die erklärten, daß sie den Landrat auf den Schild erhoben und bisher gehalten hätten, jetzt aber kein Vertrauen mehr zu ihm hätten, brachten durch ihren Wortführer S. r. o. t. a. l. l. e. r. i. e. d. e. m. a. n. g. e. l. u. n. g. e. n. des Berichtes und verschiedene Beschwerden gegen den Landrat vor. Er soll einen Angehörigen zu Unrecht entlassen, einen Angestellten zu viel Gehalt bewilligt, sich als Autokrat verhalten, die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher nicht behandelt, den Sozialdemokraten, die im Kreistage anders stimmten als vorher im Kreisrat, den Vorwurf der Abstreifigkeit gemacht haben. Auf Widerspruch beim Regierungspräsidenten sei erwidert worden, daß das Recht der verschiedenen Abstimmung nicht bestritten werde, sondern daß dieser Vorwurf nur in moralischer Hinsicht gemeint sei. Auch dagegen protestierte der sozialdemokratische Hedner und fügte die Ungezogenheit hinzu, daß die Sozialdemokraten in der Moral viel höher stünden als die Herren der bürgerlichen Seite. Weiter wurde dem Landrat vorgeworfen, daß er die Breslauer Eingemeindungsangelegenheit, bei welcher der Landkreis 48 Dörfer und Gutsbezirke und die Hälfte seiner Steuerkraft einbüßen würde, gefördert habe, weil er dann den größten Teil der Sozialdemokraten verlieren und sich damit die Unterstützung erleichtern würde. Weiter behauptete er, daß im Rettungsausschuss in Wilschau in schändlichster Weise geprügelt werde. So folgte noch mancherlei. Aber schließlich hielt der sozialdemokratische Hedner nicht mit der Anwesenheit zurück für die meiste finanzielle Voraussetzung in der Erwerbung von Aktien des Elektrizitätswerks Schlesien, infolge davon der Kreis so günstig dastünde — ein Verdienst des früheren Landrats und anderer Deutschnationaler, die heute Mitglieder des Kreistages sind, der Herren Wippen und Schöller. Der Kreis besitzt 10 885 000 Mark dieser Aktien, die ihm 10 220 000 Mark geholt haben und ihm 657 000 Mark Zinsen einbringen.

Auf die vorgebrachten Beschwerden erwiderte der Landrat und gab so weit Aufklärung, daß sich namens der bürgerlichen Seite Hauptlehrer Natoroth (R.) veranlaßt sah, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß mit diesen Dingen lothbare Zeit vergeudet wurde. In schärfster Weise trat er der anmahenden sozialdemokratischen Äußerung entgegen, durch welche die Moral auf der bürgerlichen Seite angegriffen wurde.

Bei der Vorlegung der Jahresrechnung der Kreis-Kommunallasse verzögerten die Genossen die Erteilung der Erlaßung. Obgleich die Sozialdemokraten der Prüfungskommission angehören und jeden Aufschluß erhalten konnten, beantragten sie nunmehr, die Rechnung durch eine viergliedrige Kommission zu prüfen. Da die Kreisverwaltung nichts zu verbergen hat, sträubte sich auch die bürgerliche Seite nicht gegen die beantragte doppelte Prüfung der Jahresrechnung.

Bei der Feststellung des Kreishaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 brachten die Sozialdemokraten wiederum eine Menge Anträge, um Schwierigkeiten zu machen. Der erste ging auf die Streichung des Gehalts des Syndikus Straehler hinaus. Dieser Herr ist nämlich, wie es natürlich war, als Vertreter des Landrats während seines Urlaubs vom Regierungspräsidenten bestellt worden. Das haben die Sozialdemokraten nicht gemocht, daß der sozialdemokratische Kreispräsident den Landrat vertritt. Der Antrag auf Streichung wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokraten erklärten dabei, daß sie gegen Herrn Straehler weder persönliche noch sachliche Gründe haben. Der zweite Antrag war, an Stelle eines Rechnungsrevisors von der Eisenbahn die Treubankgesellschaft zur Rechnungsprüfung heranzuziehen. Hinterrückte darauf, daß diese mehr für Prüfung kaufmännischer Rechnungen sei, und daß die Sache auch viel teurer werden würde, fruchteten nichts. Für den Druck des Kreisblattes erhält die Schlesische Druckereigenossenschaft 12 000 Mark. Die Sozialdemokraten wollen nicht, daß das Blatt dort weiter gedruckt wird. Einen landwirtschaftlichen Pflieger im Hauptberuf, der in Ermangelung einer Winterpause für landwirtschaftliche Aufklärung im Kleinbetrieb wirken soll, zählten sie ab mit der fadenheiligen Begründung, daß man hier deutsch-nationale Propaganda treiben würde. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mittel für Fortbildungsschulen von 9000 auf 100 000 Mark wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag auf Streichung des Hinsbetrages aus der Wirtschaftskasse und Überweisung an die Sparkasse für aufgenommenes Betriebskapital wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Ihrer Feindschaft gegen alles Kirchliche gaben die Sozialdemokraten durch einen Antrag Ausdruck, 200 Mark für

Seelforge im Haushalt des Kreisverkehrs-
hauses in Domsau zu streichen. Das Abrechnungs-
verhältnis war auf beiden Seiten wieder das gleiche. Als Re-
sultat dieses Abrechnungs wurde von bürgerlicher Seite beantragt,
die 25 000 Mark, die im Etat für sozialdemokratische
Jugendpflege stehen, ebenfalls zu streichen. Dieser Antrag
sah ebenfalls keine Mehrheit. Bei den Einnahmen des Kreis-
verkehrshauses stellten die Sozialdemokraten für die Verteilung
aus den einzelnen Steuerarten so weitgehende An-
forderungen, daß ihre Wirkung im ganzen nicht ohne
weiteres übersehen werden konnte. Sie erklärten dabei, wenn
ihr Antrag, daß 33 1/2 Proz. nur 10 Proz. des Einkommens-
steuerausfalls von den Gemeinden als Kreisabgabe abgegeben
werde, nicht angenommen werde, so würden sie Obstruktion
machen und den Kreisstag auflösen lassen. Die
Versammlung beschloß schließlich unter Zustimmung beider Seiten,
die Anträge zunächst von der Verwaltung und dem Kreisrat
prüfen zu lassen und dann die Beratung am Montag, den 10. Juli,
9 Uhr vormittags wieder aufzunehmen.

Bei dem Antrag auf Gewährung von Zuschüssen aus
Kreismitteln an den Landrat, die in einer künftigen
Verrechnung der Miete für die Wohnung und in einem haren
Zuschuß von 16 000 Mark bestehen sollen, zeigten die Sozial-
demokraten keinerlei Bereitwilligkeit, dem Landrat das ihm zu-
stehende zu gewähren. Sie erklärten, es handle sich dabei nicht
um die Dotierung der Stelle, sondern um die Person, der sie
das nicht bewilligen könnten, denn sie hätten zu diesem Landrat
kein Vertrauen.

Schließlich wurde noch die Anschaffung von elektrischen Be-
handlungsapparaten in Höhe von 60 000 Mark für das Kreis-
krankenhaus und die Anschaffung eines Röntgenschrims
für die Kreis-Tuberkulose-Kurpflegenstelle in
Höhe von 75 000 Mark genehmigt, nachdem Kreismedizinalrat
Dr. Mühlberg den Antrag begründet hatte.

Auslandsfahrt schlesischer Jugend nach Siebenbürgen.

Der Wandervogel Schlesien unternimmt zusammen mit
Gruppen der Neupfadfinderschaft in diesem Jahre eine sieben-
bürgische Fahrt durch die Slowakei, Ungarn nach Siebenbürgen.
Zum Austausch werden dafür 40 ungarische Pfadfinder nach
Deutschland kommen, von denen 20 als Gäste 18 Tage in Schlesien
verweilen und hierbei auch Breslau besuchen werden. Sowohl der
Regierungspräsident von Breslau, als auch das Rote Kreuz und
der Verein für Auslandsdeutschtum haben an diesem Unternehmen
Interesse genommen und ihre Unterstützung zugesichert. Von
Schlesien werden 120 Jugendliche zum größten Teil aus Posen nach
dem Südboden hinunterziehen und hierbei besonders die ver-
sprechenden deutschen Sieblungen in der Posa, in Ungarn und
Siebenbürgen besuchen. Das Kulturamt der Deutschen in Groß-
rumänien hat eine Einladung geschickt, und auch andere deutsche
kulturelle und wirtschaftliche Körperschaften in Ungarn haben ihrer
Freude über diesen Besuch der deutschen Jugend Ausdruck gegeben
und hoffen, daß er dazu beitragen wird, die freundschaftlichen Be-
ziehungen der Völker im Südboden zu Deutschland zu stärken. Es
ist daher zu hoffen, daß diese von Tatkraft und Wagemut zeugende
Wandervogel unserer schlesischen Jugend überall die Unterstützung
finden wird, deren es besonders zur finanziellen Durchführung
bedarf. Von der Geschäftsführung: G. Werber, Breslau 5, Hohen-
gollernstr. 81, wird auf alle Fragen Antwort erteilt.

[Vom Schlesischen Städtetage.] Entsprechend dem Beschluß
der Volltagung des Schlesischen Städtetages am 19. Mai 1922
in Breslau, einen hauptamtlichen Geschäftsführer zu bestellen,
hat der Magistrat Breslau dieses Amt dem Magistratsrat,
1. Bürgermeister a. D. Salomon Wiertragen. Es wird Sache
der angeschlossenen Gemeinden sein, die neuorganisierende Stelle
recht ausgiebig für Auskunftserteilungen sowie für Vermittlung
bei Staats- und Provinzialbehörden in Anspruch zu nehmen.

[Bathia nach Ostpreußen.] Vom 27. d. M. ab werden Bathia
auf Durchreise durch Polen nach Ostpreußen auf dem
Wasserwege erteilt. Als Wasserwege für den Durchreise-
verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland, aber
umgekehrt, ist vorgesehen: Der Fluß Nebe — mit dem unteren
Stromabschnitt des Flusses Raddow, Kanal Broomberg, der Fluß
Boche (Wda), ferner die Weichsel (von der Mündung der Boche
bis zum Rogat), und der Fluß Rogat bis zur Mündung ins Meer.

Deutsche Kampfsportspiele.

Berlin, 25. Juni. Das Tennis-Kampfsportturnier
stieg am Sonntag mit der noch ausstehenden Entscheidung. Das
Herren-Einzelspiel zwischen Schomburgk und Kreuter
wurde nicht zu Ende geführt. Nach dem sensationellen Sieg von
Kreuter über Schomburgk wurde in der Vorkampfrunde wider
Erwarten von Kleinbrodt 4:6, 6:1, 6:2 geschlagen. Auch
im Endkampf gegen Kreuter zeigte Kleinbrodt das bessere
Spiel und sicherte sich in einem harten Kampfe 8:6, 8:6, 5:7,
6:3 den ersten Platz. Das Herren-Doppelspiel gewonnen
Schomburgk-Grandy gegen Kohn-Woldenberg 8:2,
4:6, 8:1, 8:0, und das gemischte Spiel sicherte sich das
Ehepaar Schomburgk nach hervorragendem Zusammenspiel gegen
Fr. Kohn-Demantow 8:6, 7:5, 6:1.

Die Handballmeisterschaft der deutschen
Turnerschaft für Männer wurde am Sonntag im Deutschen
Stadion zwischen dem vorjährigen Meister, Lüne- und Sportverein
1860 Spandau und der Dülstedorfer Turn- und Sportvereine Union
entschieden. Die Spandauer hatten durchwegs das bessere Spiel
für sich, waren jederzeit überlegen und siegten mit 8:0 (8:0).

Die Spiele der deutschen Turnerschaft in Schlägball, Faust-
ball, Kromball, Schleuderball und Barlauf hatten folgende
Ergebnisse:
Schlägball: Oberschlesischer Spiel- und Eislaufverband
gegen Verein der Körperübungen Königsberg 73:61. — Berliner
Stadtmannschaft gegen Kaufmann. Turnverein Lönbern 48:41.
— St. Bonifatius Köln gegen Ewig. Jungmännerverein Güters-
loh 63:51. — Preussische Hochschule für Leibesübungen gegen
M. T. V. Köln 98:58. — Kaufm. Turnverein Lönbern gegen
St. Bonifatius 60:44. — Turnverein Saarbrücken gegen Ober-
schles. Spiel- und Eislaufverband 87:78. — Berliner Stadtmann-
schaft gegen Männerturnverein München 74:69. — Sülförner-
Siemens gegen St. Bonifatius Köln 97:60.

Handball der Männer: Berliner Turnerschaft gegen
Oberesch. Spiel- und Eislaufverband 82:87. — Verein Licht-
und Luftbad Frankfurt a. M. gegen Gütersloh 49:18. — Berliner
Turnerschaft gegen Deutsche Jugendkraft Wdt. Charlottenburg
48:32. — Turngruppe Hannover gegen Turn. Lönbern 35:31.
Frauen: Hamburger Turnerschaft gegen Turnverein Wühl
Berlin 52:47. — Kromball (Frauen): Oberschles. Spiel-
und Eislaufverband West gegen Ost 140:134. — Barlauf:
Turngemeinde in Berlin gegen V. F. 58:50:49. — Schleu-
derball: Oldenburg Turnerbund gegen Allgemeinen Turnber-
ein Adenfirchen 7:6.

Damen-Handballmeisterschaft der deutschen
Turnerschaft, für die Berliner Turnerschaft gegen Turn-
und Sportgemeinde Frankfurt a. M. gemeldet hatte, sah die
Berliner Mannschaft 2:0 (0:0) als Sieger.

Quer durch Berlin.

Berlin, 25. Juni. Die Beteiligung an diesem Sport steigt von
Jahr zu Jahr. Das diesjährige Schwimmen, das am Sonntag
vielen Tausende von Zuschauern gesehen haben, betonte die
Reinlichkeit und vor allem das Spiel an der Oberfläche, und
bewies den gewaltigen Eindruck dieser Rundgebung für die
Schwimmer. Das prächtige Wetter begünstigte außerdem in
jeder Weise den Verlauf der Veranstaltung. Von den 129 ge-
meldeten Schwimmern und Schwimmerinnen fehlten nur wenige,
u. a. war Kuntz (Breslau), der Sieger von 1920, dem Start
ferngeblieben. So war für Fröhlich, den vorigen Ge-
winner, der Weg frei. — Bei den Damen hatte Fr. Döbler keine
Gegnerin zu fürchten. Die etwa 8000 Zuschauer am Ziele, unter
denen man auch Excellenz Veldt und Dr. Dietrich vom deutschen
Reichsausschuß für Leibesübungen bemerkte, spendeten lebhaften
Beifall sowohl den Siegern als auch den Schwimmerinnen und
Schwimmern, die durch Sprungvorführungen, Trockenübungen
übungen, Weichschwimmen und Wasserballspiele bis zum Ein-
treffen der Streckenschwimmer für Mühseligkeit gefordert hatten.

Quer durch Berlin (etwa 5 Min.): 1. Schatz, S. C.
Meissen 98 und Marisch (Berl. Schwimmklub) 1 Std. 30 Min.
25 Sek.; 2. Legan, Hamburg 79 1 Std. 31 Min. 28 Sek.
Damen-Junioren: 1. Grünbach (Spandau 04)
1 Std. 41 Min. 10 Sek.; 2. Spacht (Ostern, Berlin) 1 Std. 41 Min.
30 Sek.; 3. Schaar (Niedde) 1 Std. 42 Min. 60 Sek.
Damen-Senioren: 1. Fr. Wäler (Union-Neukölln)
1 Std. 55 Min. 35 Sek.; 2. M. Lehmann (Union-Neukölln) 1 Std.
59 Min. 43 Sek.
Herren-Junioren: 1. Herm. Jung (Boisdor-Berlin)
1 Std. 22 Min. 29 Sek.; 2. Kalenius (Magdeburg) 1 Std. 30 Min.
28 Sek.; 3. G. Eids (Union-Neukölln) 1 Std. 30 Min. 40 Sek.
Herren-Senioren: 1. Th. Fröhlich (Münster)
1 Std. 13 Min. 12 Sek.; 2. O. Pahn (Niedde) 1 Std. 25 Min.
6 Sek.; 3. E. Wolff (Spandau) 1 Std. 28 Min. 22 Sek.
Staffelschwimmen: 1. Boisdor (Berlin) 1 Std.
24 Min. 84 Sek.; 2. Berliner Schwimmklub 1 Std. 26 Min. 39 Sek.;
3. Schwimmportklub 89 1 Std. 30 Min. 9 Sek.

Strausberg Rottäppchen - Hürdenrennen 21 000 M.
3100 m. 1. Hrn. Riese's Memento (Schneider), 2. Lamber,
3. Flamborn. Tot. 15:10, Pl. 12:14:10. Unpl. Galipoli, Zabolgi
Stadthaus-Jagd-Rennen 21 000 M. 8000 m. 1. Hrn. Lewins
Mabaster (Gorsler), 2. Nappelsky, 3. Reichsgräfin. Tot. 15:10,
Pl. 12:15:10. Unpl. Abolar, Parma II, Sinnig, Schwanenritter,
Banje. Verkaufs-Flachrennen 21 000 M. 1600 m. 1. Hrn.
Gehmanns Jodler (Wismar), 2. Ramasch, 3. Sperling. Tot.
67:10, Pl. 17:14:22:10. Unpl. Smarkoz, Bilenstein, Elga.
Gaafels, Tempelritter, Friedenssonne, Kolo, Grandioso, Schade,
Vogelitz. — Wolfshagen-Jagdrennen 21 000 M. 1600 m.
1. Hrn. Rottbittens Radom (Eder), 2. Balaleika, 3. Top Ewig.
Tot. 20:10, Pl. 12:12:10. Unpl. Frärlat, Miratel. — Wald-
meister-Hürdenrennen 21 000 M. 2400 m. 1. Hrn. Walens
Welcome Wili (Marbel), 2. Meister, 3. Diamant. Tot. 32:10,
Pl. 18:30, 15:10. Unpl. Massarh, Märchenfee, Waleka, S. Wäbele,
Gehalind, Mispel, Fairytale, Karolus, Georg, Perbi, Bracht. —
Lehmann Jagdrennen 30 000 M. 4100 m. 1. Hrn. Reiths
Gimbal (Wato), 2. Jnta, 3. Winimig. Tot. 41:10, Pl. 28:35:10.
Unpl. Rottbart, Altade. — Preis vom Landhaus 21 000 M.
1840 m. 1. Stall Neumanns Sieg (Marbel), 2. Schwanenritter,
3. Wall. Tot. 22:10, Pl. 15:19:10. Unpl. Medardus, Raubgräfin,
Nieseburg.

Lokales.

Zum Protektkreis.

* Die Vereinigung Breslauer Arbeitgeber-
verbände hat, wie aus dem Umkreis der vorliegenden
Nummer ersichtlich ist, einstimmig beschlossen, am Dienstag um
12 Uhr, dem Zeitpunkt der Beerdigung Rathenows, sämtliche
Betriebe zu schließen und bis 4 Uhr ruhen zu lassen.

Vom Reichsverband für Handel und Gewerbe wird uns
geschrieben: An den Anschlägen in den Gewerbetreibenden
aufgefordert, am Dienstag, 27. Juni, von 1 Uhr ab die Geschäfte
zu schließen, als Protekt gegen die Ermordung des Ministers
Rathenow. Der Reichsverband für Handel
und Gewerbe und der Innungsausschuß berufen
auf das Entschiedenste jede politische Gewalttat. Sie betrachten
diesen verabschiedungsunwürdigen Mord, als traitreischen Reiz des
Niederganges der Volksmoral, hervorgerufen durch die Politik.
Es ist ein Beweis für die Minderwertigkeit des Standpunktes der beiden
Verbände, wenn sie für den Gewerbestand nur auf wirtschaftlicher
Grundlage arbeiten und sich streng von jeder Parteipolitik fern-
halten. Es muß deshalb jedem Mitglied die Entscheidung
überlassen bleiben, ob es schließen will oder nicht.

Zum Protekt gegen die Gewerbetreibenden.

Der Reichsverband für Handel und Gewerbe hat an den Ober-
bürgermeister folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! In der letzten Stadt-
verordnetenversammlung wurde von Ihnen mehrfach von größtem
Terror gesprochen, welchen die selbständigen Gewerbetreibenden
ausgeübt haben sollen. Demgegenüber stellen wir fest, daß nicht
der geringste Anlaß auf die selbständigen Gewerbetreibenden aus-
geübt wurde, um am Mittwoch, 21. Juni, nachmittags, lediglich als
Warnung durch Schließen der Läden zu demonstrieren. Wir lehnen
ausdrücklich ab, in irgend einen Streik getrieben zu sein. Gänzlich
aus freiem Willen haben sich die Gewerbetreibenden Breslaus ein-
mütig das Opfer auferlegt, einen Nachmittags zu schließen, was
gewiß manchem nicht leicht gefallen ist. Es wäre zu untersuchen,
ob nicht der Befehl des Magistrats an den Bäcker des Schweide-
meyer Kellers, als einziger Gastwirt Breslaus seinen Betrieb offen
zu halten, als Terror auszuweisen ist. Bedauerlich, aber verständ-
lich ist der Unwille, welcher am Eingang des Schweide Meyer Kellers
nach den Versammlungen über das Offenhalten des Lokales durch
Unruhestifter zum Ausdruck kam. Wäre der Magistrat unserer
schriftlichen Einladung gefolgt, so wäre Ihnen, Herr Oberbürger-
meister, zweifellos berichtet worden, daß in allen drei Protekt-
versammlungen als Hauptregel: „Niemand ist die erste Bürgerpflicht“
aufgestellt worden ist.

Es ist empörend, von dem Oberhaupt der Stadt Man gel
an Gemeinnut zu veranlassen zu erhalten, wenn ein in Not
befindlicher Stand um seine Existenz kämpft. Freilich mag für
alle von der Stadt Besoldeten am wichtigsten erscheinen, daß die
notigen Mittel für den Etat aufgebracht werden. Daß es aber
eine noch wichtigere Pflicht auch für das Stadtoberhaupt geben
kann, nämlich die Pflicht der Erhaltung der selbständigen Ge-
werbetreibenden, das scheint der Spitze unseres Magistrats nicht zum
Bewußtsein zu kommen. Es zeigt von einer unerklärlichen Ver-
ständnislosigkeit, wenn der Chef eines Gemeinwesens, dessen Be-
amte eine siebenstündige Dienstzeit haben, sich in bitteren Vor-
würfen über die Gewerbetreibenden ergeht, welche es wagen, einen
Nachmittags nicht zu arbeiten. Mittags um 1 Uhr haben die Ge-
werbetreibenden bereits 6, vielfach 8 Stunden, Arbeit geleistet, also
höchstens zwei Stunden weniger als die städtischen Beamten.
Sollen die Gewerbetreibenden 10 bis 12 Stunden täglich arbeiten

nur um die doppelten Abgaben als Gewerbesteuer anzuerkennen zu
lassen zur Bezahlung der kommunalen Gehälter und Löhne?
Die Aufforderung an Bürger der Stadt, außerhalb der Stadt-
verordnetenversammlung sich mit dem Haushaltsplan Breslaus
zu beschäftigen, ist aufgegriffen worden. Im Laufe der nächsten
Tage werden die Beratungen hierüber bereits beginnen.
Wir können nur unsern aufrichtigen Bedauern aus-
sprechen, daß der Magistrat die Zeiten der Not nicht besser zu
denken vermag. Die Not der Gewerbetreibenden durch den Druck
der ungeheuren Steuern und die Gefährdung der meisten Existenzen
durch die Entwertung der deutschen Papiermark hat einen solchen
Grad erreicht, daß nicht nur ein großer Teil zahlungsunfähiger
Gewerbetreibender versagen wird, aus Breslau fort-
zugehen, um Konkurrenzfähig zu bleiben, sondern auch ein
wesentlicher Teil der auf Breslau angewiesenen Gewerbetreibenden
droht der Vernichtung anheimzufallen, wodurch das Schicksal der
Stadt beängstigt wird. Der Magistrat braucht einen lebensfähigen
Gewerbestand ebenso notwendig, wie es für letzteren wünschens-
wert ist, eine gesund finanzierte Stadterhaltung zu besitzen.

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes.

Vom Magistrat wird uns geschrieben:
Der Paragraph 11 des Reichsmietengesetzes sieht die Fest-
setzung von Hundertfäden durch die Gemeinde-
behörde vor. Das hat zur Folge, daß schon jetzt Anfragen an
den Magistrat und die nachgeordneten Dienststellen gerichtet
werden, welche Zuschläge zur Friedensmiete in Zukunft festgesetzt
und welche Hundertfäden für die einzelnen Nebenleistungen gelten
werden. Vielfach wird auch der Vorwurf erhoben, der Magistrat
habe es unterlassen, rechtzeitig für die nach dem Reichsmieten-
gesetz vorzunehmenden Festsetzungen Sorge zu tragen. Das konnte
aber der Magistrat vor Erlass der Ausführungsbestimmungen
nicht tun. Nach der erst jetzt erlassenen Ausführungs-
verordnung ist der Magistrat verpflichtet, unter Zuziehung von
Hausbesitzer- und Mietervertretern eine Anzahl
Miethäuser auszusuchen und auf Grund der zu treffenden Fest-
setzungen die Hundertfäden festzusetzen. Diese vom Magistrat fest-
gesetzten Hundertfäden sind unter Beifügung der an den aus-
gesuchten Häusern aufgestellten Berechnungen, sowie der mit den
Interessiertenvertretern gepflogenen Verhandlungen der Kom-
munaufsichtsbehörde einzureichen. Diese umfang-
reichen Vorarbeiten werden eine geraume Zeit in Anspruch nehmen,
so daß es ausgeschlossen erscheint, daß bis zum 1. Juli die Sätze
endgültig festgesetzt werden können. Der Magistrat wird alles
daran setzen, um so schnell wie möglich die Arbeiten zu
erledigen. Es empfiehlt sich aber vorläufig, von Anfragen über
die gesetzliche Miete, die Hundertfäden usw. abzuheben.
Diejenigen Vermieter, die gemäß § 1 des Reichsmietengesetzes
die Zahlung der gesetzlichen Miete von ihren Mietern be-
anspruchten, brauchen einen Antrag auf Zustimmung zur Min-
digung bei dem Mieteinigungsamt nicht mehr zu stellen. Es
genügt vielmehr, wenn diese Vermieter den Mietern gegenüber
innerhalb der im § 1 des Reichsmietengesetzes festgesetzten Frist
die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie vom nächsten zu-
lässigen Mindigungstermine ab die gesetzliche Miete beanspruchen.
Diese Erklärung darf aber vor dem Inkrafttreten des Reichs-
mietengesetzes, d. h. vor dem 1. Juli d. J., nicht abgegeben
werden.

Ausstellungen bei den Elternbeiratswahlen.

Bei den Elternbeiratswahlen in den Schulen 77 und 87
in der Auguststraße ist es zu einer Verhöhnung der Betheiligten
der christlich-politischen Liste durch Anhänger der Fortschritt-
Liste gekommen, die in eine wilde Schlägerei ausartete.
Der Betheiligte der christlich-politischen Liste mußte flüchten,
ein anderer wurde verletzt, so daß nur Stimmzettel der
christlich-politischen Liste verteilt wurden. Außerdem sind die Stim-
zettel der christlich-politischen Liste beschlagnahmt und die der
Fortschrittliste dafür eingeschoben worden. Infolge der Unruhen
sind Anhänger der christlich-politischen Liste bei der Ausführung
ihres Wahlrechtes behindert worden.

Bersiebens Nachrichten.

Der Wert der Natural- und Sachschäden bei Demessung des
Steuerzuges vom Arbeitslohn ist entsprechend der Veränderung
des Wertes neu festgesetzt worden. Eine entsprechende Be-
kanntmachung befindet sich im Anzeigenblatt der vorliegenden
Nummer.

Auf den Volkstunabend der Breslauer Jugend, der heute
abend 7 1/2 Uhr im großen Saale des Konzerthauses stattfindet,
wird hierdurch nochmals hingewiesen. Zur Aufführung gelangen
u. a. vier für großen Chor, Wechselgesänge mit Einzelstimmen,
ein alter Johannesreigen und das Märchenstück vom „Geister-
Tob.“ Der Zweck der Veranstaltung ist bekanntlich, Mittel zum
Ausbau alter und zur Beschaffung neuer Jugendheime zu ge-
winnen. Wer an der Teilnahme verhindert ist, trotzdem aber den
ihm zugrunde liegenden Gedanken fördern will, kann das durch
Überweisung einer Geldsumme an die städtische Bank auf das
Konto „Schulentlassenen- Wohlfahrt“ tun.

[Theater.] Im Stadttheater: Dienstag „Die Rauben-
zelle“ (Damen Polner, Gajdoska, Keller, Bisth, Marquardt,
Koffi, Hek; Herren Gausch, Rudow, Raubert, Willmski, Witke-
hoff, Dir. Rütter. — Im Roberttheater: Dienstag:
Gastspiel Rudolf Bettinger als Schalk Kell in „Schalk-
mann als Erzähler“. Am 29. Juni Gastspiel Maria
Orska in „Einmal um die Welt mit dem Feuer spielen“ und
Günthers „Satans Waise“. — Im Thalia-theater:
Dienstag: „Bürstchen“. — Im Schauspielhaus:
„Der Wetter aus Dingsda“.

[Verlängerung des Gastspiels von Maria Orska.] Infolge des
großen Interesses spielt Maria Orska zweimal in „Mit dem
Feuer spielen“ und „Satans Waise“ und zwar Donnerstag,
29. Juni, und Freitag, 30. Juni. Die für Freitag angelegte
Vorstellung für den Humboldtverein fällt vorläufig fort. Ferner
wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Dienstagabend im Rob-
erttheater das Bettingergastspiel stattfindet. Ebenso hält auch das
Thalia-theater seine Porten geöffnet.

[Orchester-Veranst.] Im heutigen Sinfonie-Konzert unter H. Mautsch
sind u. a. die Symphonie 5. (unvollendet) von Schubert zur
Aufführung.

Bis 60 Eier

so berichtet „Brehm's Tierleben“, legt jede einzelne Wotie in Woll-
kleider, Pelzjacken und ähnliche Stoffe, aus denen nach 3 Wochen
winzige Maden auskriechen, die mit ihren starken Greifapparaten
Stoffe und Pelzwerk durchlöchern. Sie sind nur mit „Dr. Wein-
reichs Wottenäther“ radikal zu vernichten, aber den jede
Drogerie und die Hersteller, die Pharmakon G. m. b. H., Frankfurt
a. Main, Ludwigstraße 37, kostenlos Auskunft erteilen.

Alte Reserve
W in k e l h a u s e n
die deutsche Weinbrandmarke

Statt Karten!
Die Verlobung ihrer Tochter
Margarete mit Herrn Amtsgerichtsrat
Hans Austerlitz, a. St. Offen,
erfolgt ergebenst an
Respekt in Schlesien,
den 25. Juni 1922
Mag. Hoblaender
und Frau Dora, geb. Modrzej.
Margarete Hoblaender
Hans Austerlitz
Verlobte.

Ihre Vermählung zeigen an
Walter Suder
und Frau Elisabeth Suder
geb. Zerkel.
Thomitz, a. St. Warmenitz.

Ihre am 20. Juni in Rottwitz
erfolgte Vermählung zeigen er-
gebenst an
Dr. Gupta
und Frau Erica, geb. Eibes.

Die glückliche Geburt eines
gesunden, kräftigen Jungen zeigen
hoch erfreut an
Breslau, den 28. Juni 1922
Dr. med. Joseph Severin
und Frau Eläre, geb. Moeser.

Die glückliche Geburt eines zweiten
gesunden Jungen zeigen in dankbarer
Freude an
Schachtel bei Bieg. O.,
den 22. Juni 1922
Leitlof,
Mittergutsbacher u. Optm. d. Res. a. D.,
und Frau Margarete, geb. Leitlof.

Die Geburt eines gesunden Jungen
zeigen hoch erfreut an
Breslau, den 25. Juni 1922
Dr. Edmund Rüd
und Frau Rade, geb. Jasnica.

Die glückliche Geburt
eines gesunden Mädchens
zeigen hoch erfreut an
Breslau, den 26. Juni 1922
Dr. phil. Oswald Bialas
und Frau Edith,
geb. Rüh.

Statt Karten!
Heut vormittag entschlief sanft
und gottesgegeben mein innigstgeliebter,
herzensguter und treuherziger
Mann, unser lieber Schwager und
Onkel, der
städt. Lehrer
August Koch
im 51. Lebensjahre.
Breslau, Bismarckstraße 30,
a. St. Zultsburg i. Schl.,
den 24. Juni 1922.
In namenlosem Schmerz
Luise Koch, geb. Birner.
Beerdigung: Mittwoch, den 28. Juni,
nachmittags 2½ Uhr von der Fried-
hofshalle des alten Bernharden-
Friedhofes in Rothfischham.

Statt besonderer Meldung.
In der Nacht von Sonnabend zu
Sonntag starb im 88. Lebensjahre
nach kurzem schweren Leiden
Fräulein
Auguste Henriette Schierste,
meine langjährige treue Stütze und
Freundin.
In treuem Gedenken
Breslau, den 26. Juni 1922
Anna Klette.
Beerdigung: Donnerstag, den
29. Juni 1922, nach 8 Uhr von der
Kapelle des Salvator-Friedhofes,
Ende Dörfstraße, aus.

Statt besonderer Anzeige.
Am Sonnabend, den 24. Juni, vormittags 11½ Uhr
entschlief sanft am Herzschlag in Bad Landek im nahezu
vollendeten 78. Lebensjahre unsere geliebte, herzensgute
Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter,
Schwester, Schwägerin und Tante
Frau verw. Marie Moll
geb. Moll.
Brieg, Berlin, Soden a. T., Breslau, Vorkendorf,
den 26. Juni 1922.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Kommerzienrat Theodor Wilhelm Moll
Georg Moll
Dr. Fritz Moll
Arthur Moll
Elise Frank, geb. Moll
Professor Oskar Moll
Kurt Moll
Elfriede Mehlig, geb. Moll
Raethe Moll, geb. Haupt
Lizzy Moll, geb. Lechler
Baumeister August Frank
Grete Moll, geb. Haefner
Wanda Moll, geb. Martini
Oberregierungsrat Georg Mehlig
16 Enkel und 1 Urenkel.
Beerdigung in Brieg Mittwoch, den 28. Juni, vor-
mittags 11 Uhr von der Dreifaltigkeitskirche des alten
evang. Friedhofes aus.

Am 23. d. Mts. verschied unser
lieber Kollege, der
Rechtsanwalt und Notar
Justizrat
Herr Gustav Blümel
in Frankenstein i. Schl.
Seit 1891 hier tätig, hat er seine
Berufs- und Amtspflichten mit Ein-
gebung und vorbildlicher Pflichttreue
erfüllt und war den Rechtssuchenden
ein treuer Berater. Durch sein
biederer, stets lebenswürdiges Wesen
hat er sich die dauernde Verehrung
und Verehrung nicht bloß seiner
Kollegen, sondern weitestverbreitete
zu erwerben verstanden, so daß sein
Andenken in uns fortleben wird.
Die Rechtsanwälte und Richter
am Amtsgericht Frankenstein.

Am 21. d. M. verschied
Herr cand. math.
Gerhard Weber,
Mitglied unseres Vereins.
Er wird in unseren Reihen un-
vergessen bleiben!
Breslau, den 24. Juni 1922.
Ehrer Breslauer Ruderverein E. V.

Am 22. Juni entzog uns der Tod
unsern treuen Freund und lieben
Sportkameraden
cand. math.
Gerhard Weber.
Durch sein besonnenes Wesen,
verbunden mit nie verlassendem
goldenen Humor wird er in unserem
Kreis unvergessen bleiben.
Die Trainingsmannschaft
vom Ersten Breslauer Ruderverein (E. V.).

Am 21. d. M. erlitt Gott unsere
liebe, gute Mutter und Großmutter
Frau Emma Hed,
geb. Dietrich,
von ihren langen Leiden. Wir haben
sie heute in der Familiengruft zu
Breslau beigesetzt.
Wi. 126.
Domschau, den 26. Juni 1922.
Familie Pfarrer Lie. Berger.

Für die überaus zahlreichen Beweise
herzlicher Teilnahme beim Gange
meines Mannes sage ich nur auf diesem
Wege meinen tiefgefühlten Dank.
Frau Mag. Wägenberger,
geb. Wiering.

Für die Reise!
Z. 155
Feldstecher, Prismen, Ferngläser
Kompass, Barometer, Thermo-
meter, Kleimmer, Brillen mit Zeiss
Punktal-Optiken die Besten!
Richard Heinrich, Optiker,
Neue Schweißnitzer Str. 14
Ecke Gartenstraße. (1)

Familien-Nachrichten.
Geburten: Eine Tochter:
Herrn Stephan Hans Eder
zu Püllitz, Reg. Kreis
Oberamt d. M. d. St.
Martinsberg, Reg. Kreis.
Ein Sohn, Herrn Friedrich
von der Landen-Walentin,
Liebenow; Herrn Dr. Carl
von Schubert, Ministerial-
direktor im Auswärtigen
Amt, a. St. Godeskron
(Wahl).
Zodessfälle: Ant. Bach-
meister a. D. Hilmar von
Krogh, Gornecop; Herr
Georg Graf von Gölitz-
Görsch, Berlin; Frau
Else von Reim, Götting.

Gardinen
Stores
Bettdecken
noch preiswert
M. Perl
Schweißnitzer
Stadtgraben 22 btp.
Ecke Neue
Taschenstr.
Kein Laden! 19
Von 1-3 geschlossen.

Wir kaufen wie ge-
kannt fortlaufend
Gold
gegenstände
wie Uhren, Ketten,
Ringe,
Goldbruch, Silber-
gegenstände,
Silberbruch, Platin
tänliche Ringe
und Gebisse
und zahlen bis auf
weiteres für
1000,- 170,- 100,-
100,- 70,- 100,-
100,- 50,- 100,-
100,- 100,-
Platin rein
bis 800,- a. Gramm
Silber
p. Gramm 8,- bis 7,50,-
Brillanten
p. Karat 55.000,-
für prima grobe reine
Steine
Kleinere Brillanten
bis 25.000,- p. Karat.
Ehrung treue Be-
dienung. Man achte
genau auf Firma.
William Aust & Co.
Neudorfstr. 6, I.
Telephon 5016 608.
Der Einkauf
kann ununterbrochen
von 8-6 Uhr sein.

Rechtsteil- oder
Blüthner Flügel
ebenfalls, auch, gut, Fabr. ob.
unterbalten
Piano
von 1800 an kaufen gef.
Geh. Angs. mit 3-4
unter 100,- an d. Geis.
der Schließung 21g.
Berichte nur nachmittags
bis modern, Gasarbeiten
und Sanitär von 8-6.
H. E. Dietz,
Unterfölsplatz 7, 8. St. 1.

Saison-Ausverkauf
Schluß:
Mittwoch, den 28. Juni
Ganz bedeutend herabgesetzte Preise
M. Gerstel A.-G.
Schweißnitzerstr. 10/11.



Waldorf Astoria Cigarette
Die vornehmen Marken
CENTRAL PARK
WALDORFERLE
WALDORF-ROSE
EPSOM

Amerikaner in Deutschland
Kehren Sie auf den Dampfern der United States Lines zurück und Sie werden sich des höchsten Komforts erfreuen, wie er in gleicher Vollendung nur in einem ersten Hotel geboten wird.
Die Dampfer der Regierung der Vereinigten Staaten stellen eine grosse Flotte dar, welche sich durch ruhigen Gang und Schnelligkeit auszeichnet. Die Dampfer haben grosse, reine Einzel- oder zusammenhängende Zimmer, gute Ventilation und eine Küche, deren Abwechslung und Reichhaltigkeit unübertroffen ist.
MÄSSIGE FAHRPREISE. Sie können auf demselben in Amerika gebauten Dampfern »President Polk« und »President Adams« sich schon für den geringen Betrag von 120,- eine Kabine sichern.
Regelmässige Abfahrten von Bremen nach Southampton - Cherbourg - New York mit den grössten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden Doppelschrauben-Passagier- und Postdampfern.
Wenden Sie sich an die untenstehende Adresse wegen Segeltis und Schlafplätzen!
UNITED STATES LINES
BERLIN W 8 Unter den Linden 1
BRESLAU Neue Schweißnitzer Straße 6
und alle bedeutenden Reisebureaus.
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Mein Sommer-Räumungs-Verkauf
beginnt Montag, den 8. Juli
Große Restbestände
zu bedeutend ermäßigten Preisen
Erster Breslauer Baby-Bazar
Anna May Schweißnitzer Straße 7, part. und I. Etg.
Gebogene eiserne
Spiegelzimmer,
Schlafzimmer,
Küchenzimmer,
bessere Möbel,
sowie Küchen- u. Kleider-
schränke. Sie werden bei
S. Brandt & Co.
vorm. Fr. Ebratte,
Gartenstraße 68, I. Etg.
Kaufen Sie höchst
bessere Möbel,
Sofas, J. 189, 189, 189,
Erika oder auch, Maschine
auf,
Amt 1, Schließfach 68.

